

31/12

Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 Mal und ist durch die Expedition, Neue Brunnengasse 3/3, und durch Postporture zu beziehen. Preis vierteljährlich DM. 2.50, halbjährlich DM. 4.50, jährlich DM. 8.50. Durch die Post bezogen DM. 2.50, frei ins Haus DM. 2.92, wo keine Post am Orte, DM. 3.34.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Beilage zur „Volkswacht“ sind die „Schlesische Arbeiter-Zeitung“, die „Posener Arbeiter-Zeitung“, die „Westfälische Arbeiter-Zeitung“, die „Südwestfälische Arbeiter-Zeitung“, die „Südwestfälische Arbeiter-Zeitung“, die „Südwestfälische Arbeiter-Zeitung“.

Telephon
Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon
Expedition 1206.

Nr. 304.

Breslau, Dienstag, den 31. Dezember 1912.

23. Jahrgang

Deutschland im Jahre 1912.

Wir nehmen Abschied von dem Jahr, das der deutschen Sozialdemokratie den stolzeften ihrer Wahlsiege brachte. Der 12. Januar 1912, der Tag der allgemeinen Reichstagswahlen, leuchtet als wirklicher Festtag in roten Buchstaben aus dem Kalender des verflorbenen Jahres hervor. Vierhundert Millionen sozialdemokratischer Stimmen, 34,8 Prozent, mehr als ein Drittel aller abgegebenen Stimmen sozialdemokratisch, 64 Mandate im ersten Wahlgange erobert, an 122 Stichwahlen beteiligt, die Sozialdemokratie also in fast der Hälfte aller Wahlkreise die stärkste oder zweitstärkste Partei! Dreizehn Tage später ist der Reichstag vollständig gewählt, mit 110 Mandaten die Sozialdemokratie am 7. Februar als stärkste Fraktion in das Haus am Königsplatz ein. Die Rechte zusammengeschmolzen, das Zentrum mit starkem Mandatsverlust an zweite Stelle gedrückt, die schwarzblaue Mehrheit zertrümmert. „Die Entwicklung steht nicht still“, heißt es in der Thronrede, und dieser Satz erscheint mehr als Produkt rückwärtiger Entwicklung denn als Programm vorausgreifender Aktivität. Der 12. Januar ist ein leuchtendes Wahrzeichen der rastlosen Entwicklung, die sich in den Massen unaufhaltbar vollzieht, das Jahr 1912 aber bietet als Ganzes nur einen Beweis mehr von dem Geiste des Stillstands, der Verkümmern und Verfümpfung, der die regierenden Stellen ergriffen hat. Die ganze Politik läuft darauf hinaus, die nicht stillstehende Entwicklung zu ignorieren und zu tun, als lebten wir nicht im Jahrhundert der Volatilität, sondern im Zeitalter des Posthorns.

Was ist die wichtigste Aufgabe der Gegenwart? Vor vier Jahren war es die Reform des preussischen Wahlrechts. Aber im Februar 1912 ist für alle rückschrittlichen Elemente die wichtigste Aufgabe, einen sozialdemokratischen Vizepräsidenten wieder vom hohen Reichstagsstuhl herunterzuholen, auf den er durch einen noch heute unbegreiflichen Mitanfall der Nationalliberalen hinaufgeraten war. Die Januarwahlen — ein Witz der Größe, der imponierenden Wollensmächte! Der Februar ist ein Basquillant! Revolution im nationalliberalen Krähwinkel. Aber sie haben ihren Lohn dafür. Das Gift der Verjüngung frist weiter fort.

Am 5. Februar: Landtagswahlen in Bayern. Auch sie sind ein Ereignis nicht nur für Bayern, sondern auch für das Reich von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Mit dem Ministerium Hertling tritt zum ersten Male in Deutschland eine ausgesprochene Parteienregierung ans Ruder: der schwarzblaue Terror trotz der Entwicklung — und paßt sich ihr zugleich an, indem er sich konstitutionell drapiert. Fortschritt der Sozialdemokratie im Reich. Festigung der realitätsnahen Herrschaft in den Einzelstaaten. Was Bayern im Februar begonnen, Württemberg im Dezember fortgeführt, soll Preußen im nächsten Jahre vollenden.

Der März bringt Sturm. Die Bergarbeiter streiken. Neun Tagewörter der Kampf im Ruhrrevier, bis er vorzeitig erfolglos zusammenbricht durch den schimpflichen Verrat der christlichen Gewerkschaften. Auf wirtschaftlichem Gebiet wird den Arbeitern heimgezahlt; was sie nach der Meinung der Herrschenden auf politischem Gelände haben. Der Sozialdemokratie soll gezeigt werden, daß trotz ihrer 4 Millionen Stimmen der Widerstand gegen ihre Bestrebungen noch immer stärker organisiert ist, als sie und die ihr nahestehenden Gewerkschaften selbst. Zechenkapital, Zentrum und Regierung triumphieren. Für wie lange? Eine nahe Zeit wird es lehren. Die Entwicklung steht nicht still und nicht umsonst streut die Klassenstreitjustiz mit vollen Händen rote Saat ins schwarze Land.

Dem neuen Reichstag wird inzwischen die Belastungsprobe der neuen Wehrovorlage aufgelegt. Den durch die schwarzblaue Gewaltreform kaum mühsam geordneten Reichsfinanzen droht neuer Wirrwarr. Der Bundesrat beschließt, von der Wiedereinbringung der alten Erbschaftsteuervorlage abzusehen, um die Sammlung der bürgerlichen Parteien gegen die Sozialdemokratie nicht aufs neue zu gefährden, und der Schatzsekretär Bernuth nimmt seinen Abschied.

Im Reichstag werden — am 21. Mai — die Wehrovorlagen angenommen, die Lösung der Deckungsfrage wird durch ein faules Kompromiß verlagert. Am 22. Mai wird der Reichstag auch schon für sechs Monate in die Sommerferien geschickt. Was hat er geleistet? Seine innere Krise hat er, dank der uneigenmütigen Haltung der Sozialdemokratie, durch die Wahl eines liberalen Präsidiums beenden dürfen, er hat seine Geschäftsführung verbessert, nützliche Korrekturen am Strafgesetz vorgenommen, auf verschiedenen Gebieten, vor allem auf dem der Wohnungsreform wichtige Anregungen gegeben und den Scharfmachern, die nach einem Ausnahmengesetz zugunsten des Streikbruchs schreien, eine unweibliche Abgabe erteilt. Auf der anderen Seite hat er selbst der schwachen Regierung, Rehm, Hollweg und dem persönlichen Regiment gegenüber, daß jede Kraft der Opposition vermissen lassen und gezeigt, daß er an hurrapatriotischem Eifer von keinem seiner Vorgänger zu überbieten ist. Hat er im Fall von Grafenhaban den Reichswehrministern und Reichswehrministern gegen-

über nicht das richtige Wort gefunden, so hat er schließlich auch einem duellwütigen Kriegsminister Glat und Wehrovorlagen bewilligt und darf zum Schluß noch einen kaiserlichen Dank oben in den Reichstageslegen.

Und noch eins nimmt er mit, aber viel Wichtigeres. Die Erklärung der Regierung, daß sich auf dem Gebiete der auswärtigen Politik eine entscheidende Wendung vorbereitet, daß die Verständigung mit England auf dem Wege sei. Leider hat man davon weiter nichts gehört.

Für die reichstagslose Zeit bleibt der durch den bayerischen Erlass neu entsandte Jesuitenstreit ein unerfreuliches Erbteil.

Während der Reichstag in die Ferien geht, verharret das preussische Dreiklassenhaus an der Stelle seiner vollstehenden Tätigkeit. Es hat sich in der Wahlrechtsfrage, dieser schwersten ewig eiternden Wunde seines breithaftigen Körpers, gern vom Polizeiminister dahin befehlen lassen, daß seine derzeitige Zusammenfassung neuer Reformversuche keinen Erfolg verspreche und stattdessen am 20. Mai den Beweis für die Richtigkeit dieser Behauptung, indem es infolge der Fehlonne des Zentrums und der Nationalliberalen selbst die Einführung des geheimen und direkten Wahlfahrens bei Beibehaltung des Klassenstimmens ablehnt. Dafür betätigt es seine Kraft, indem es am 9. desselben Monats den sozialdemokratischen Volksvertreter Borchardt mit Polizeigewalt aus dem Sitzungssaale hinausgeschleift und durch das neue Verfassungsgesetz den Kurs einer banterotten Polenpolitik unentwegt weiter forstleuert.

Die Sommerpause gewährt den Parteien Zeit zur Selbstbeurteilung. Der Katholikentag vom August folgt dem Beispiel des nationalliberalen Parteitags vom Mai, indem er sich selbst eine Einigkeit beifügt, die nicht vorhanden ist. Es sieht übel aus in den beiden Parteien der Mitte, und was dem Zentrum seine Berliner sind; sind der Fraktion Bayernmann ihre Alliberale. Noeren tritt zurück, Oppersdorf wird ausgeschlossen, vom Gewerkschaftsstreit löbt fort, und der Parteivorstand ist noch durch seine Einigkeit mächtiger Parteigenosse. Es gewinnt auch der rechte Flügel der nationalliberalen Partei durch die Macht der Regierung, des Junkertums und der Kapitalgruppen, die hinter ihm stehen, eine Bedeutung, die seiner zahlenmäßigen Stärke nicht entspricht. Trotz aller Veteuerungen der Einigkeit bleiben Zentrum hier, Nationalliberale dort, in einer schweren inneren Krise stecken, die sie ins nächste Jahr mit hinüber schleppen. Von den bürgerlichen Parteien kann überhaupt höchstens die Fortschrittspartei mit einiger Zufriedenheit auf das abgelaufene Jahr zurückblicken. Zwar hat sie ihr Schuldkonto mit den Wehrovorlagen beladen, auf dem Mannheimer Parteitag im Herbst vor dem Agrarchuzoll einen Anschlag angelegt, durch den Abschluß von Bündnissen mit dem reaktionären preussischen Nationalliberalismus zu den nächstjährigen Landtagswahlen in den Augen aller wirklich fortschrittlichen Bevölkerungs-elemente sich aufs neue kompromittiert. Nun, immerhin hat sie mit einigen tatsächlichen Geschick zwischen rechts und links zu laviere verstanden und die Unzufriedenen in ihren Reihen beruhigt. Sie verdankt ihrem Stichwahlabkommen mit der Sozialdemokratie eine repräsentative Stellung im Reichstag und repräsentiert sich vorläufig, trotz allem, immer noch eher als etwas wie ein politischer Wachsfaktor, als viele Jahre zuvor.

Im zweiten Halbjahr 1912 sind es vor allem zwei Erscheinungen, die dem politischen Leben sein Gepräge geben: die mächtig aufsteigende Lebensmittelpreiserhöhung, die vor allem in schiefer unerträglichen Zuständen auf dem Fleischmarkt ihren Ausdruck findet und der Krieg im nahen Osten, der ganz Europa in Mitteldeutscher zu ziehen droht. Durch ihr entsetzliches Ausbreiten zwingt die Sozialdemokratie die Regierung, wenigstens einige allerdings ganz unzureichende Maßnahmen gegen die Fleischnot zu ergreifen. Wohl hütet sich die Regierung aus begründeten Gründen, der Forderung der sozialdemokratischen Fraktion nach vorzeitiger Einberufung des Reichstags nachzugeben, sie beharrt beim agrarischen Hochschutzzoll und „Recht und Maß“ mit dem § 12 des Fleischbeschaugesetzes. Und doch sieht sie sich bei aller Schärfe ihrer politischen ablehnenden Haltung genötigt, auf wirtschaftlichem Gebiet dem Sozialismus ein bedeutungsvolles Zugeständnis zu machen, indem sie die Gemeinden ermutigt, in die Lebensmittelversorgung ihrer Bevölkerung regulierend einzugreifen. Dieses durch bittere Not der Regierung abgerungene Zugeständnis gehört freilich zu den allerwichtigsten Ereignissen des vergangenen Jahres. Die reaktionären Elemente des Staates, Regierung und Konfervative, müssen hier selber einer fortschrittlichen Entwicklung dienen, die sie sonst auf allen Gebieten mit jähher Konsequenz bekämpfen.

Damit ist freilich für sie ein wichtiger Zweck erreicht. Denn dem Reichstag der Januar-Wahlen ist damit in einer bedeutungsvollen Frage die Initiative aus der Hand genommen, und willyk beugt sich seine bürgerliche Mehrheit bei der Interpellationsabstimmung vom 30. November der gouvernemental-agrarischen Vorlesung.

Mitten in die Festfreude der Krupp-Jahrhundertfeier brechen am 8. August die schlagenden Wetter der Begebotzungen. Der Träger der Krone, der gekonnt ist, um dem wahren Herrscher der Zeit, dem Kapitalismus, seine Reverenz zu erweisen, zieht nun vor den Opfern, die auf dem Schlachtfeld der Arbeit gefallen sind, den Suizid. Tote nur sind es, die er grüßt. Aber die Teilnahme der herrschenden Gewalten am Schicksal armer Proletarier ist nicht nur auf rein menschliche Motive zurückzuführen. Längst weiß man, daß dort unten aus Macht und Not eine neue Kraft emporsteigt, die man fürchten mag, der man aber die Anerkennung nicht mehr ganz zuweigern imstande ist. Krupp und Lothringen! Nicht das bedeutungsvollste Ereignis des Jahres, aber sein eindrucksvollstes Symbol. Dort die einen, die im Gefühl eines hochgeleiterten Machtgefühls jubeln und schmelzen, dort die anderen, die leiden und sterben, denen aber dennoch die Zukunft gehört!

Der 8. Oktober 1912 gehört zu den bleibenden Daten der Weltgeschichte. Er bringt den Ausbruch des Balkankrieges und eröffnet damit einen Abschnitt zeitgeschichtlicher Entwicklung, der auch heute noch den lebendigen Inhalt der Gegenwart bildet. Als Bundesgenosse Oesterreichs steht Deutschland noch immer in der Gefahr, in einen europäischen Krieg hineingezogen zu werden, den über Millionen innerhörtendes Leid bringen, aber auch ungeheure politische Umwälzungen herbeiführen würde. Wenn sich heute die von Tag zu Tag schwankende Waage wieder mehr zur Seite des Friedens neigt, so sind sicherlich viele Ursachen im Spiele gewesen, um diese Wirkung herbeizuführen. Aber als eine der hervorragendsten dieser Ursachen wird der objektive Geschichtsschreiber das tätige Eingreifen des internationalen Proletariats zugunsten des Friedens bezeichnen müssen. Was der 12. Januar für die deutsche Sozialdemokratie der Tag starker Genugtuung im Kampf gegen ihre Gegner, so waren für sie und die ganze Internationale die unvergeßlichen Tage von Basel, der 24. und 25. November der Tag der besten tätigen Weltarbeit. Rum um auf ihrem Gebiet die Zeichen des Friedens und der Kultur hoch aufzurichten.

Fragend blicken wir nun über die Schwelle des neuen Jahres. Fragen wir, was es an Ereignissen bringen wird, so kann nur ein Narr von wem anders Antwort erwarten als von der rastlos fortschreitenden Zeit selber. Aber fragen wir, was im neuen Jahre für uns zu tun sein wird, so dürfen wir nur aus den aufgeschlagenen Büchern der Vergangenheit einen Teil der Antwort holen. Für die deutsche, für die internationale Sozialdemokratie war 1912 ein Jahr des Aufstiegs und Fortschritts. Wir denselben Mitteln, mit verstärkten Kräften gilt es für den künftigen Erfolg unserer großen Sache zu arbeiten; treu den Lehren der Vergangenheit, gehorham dem großen Gebot, das vielleicht schon eine nahe Zukunft an uns stellen wird.

Politische Uebersicht.

Das Klosterreichste Land der Erde.

Den Klagen und Beischwerden der Zentrumsjuristen, Berufsagitatoren und schriftstellenden Jesuiten im kurzen Rädeln über das „gottlose“ Regiment in Preußen, wird nicht die genügende Beachtung geschenkt. Die Interessen der heiligen Kirche und ihrer Diener werden angeblich schwer beeinträchtigt; gerade in der „Ordensfrage“ sollen Gerechtigkeit und Billigkeit fortüber vom Ruder: Staat verkehrt werden. Solange die Gesellschaft Jesu nicht fünf-hundert Kloster aus Staatsmitteln gebaut und solange jene politischen und gelehrten Ordensmänner als Lehrtanzler für die abstruse Scholastik des heiligen Thomas von Aquino nicht sämtliche Universitäten und Hochschulen Preußens ausgeliefert erhalten, solange halten sämtliche Zentrumsjuristen und Räster, Apientanzhändler und Buchhalter die „Partei“ der Belemittlisse im Reich. Es gefährt.

Wie alles Gute, kann dieser „Belegenswerte Notstand“ ziffernmäßig nachgewiesen werden. Bisher galt S. h. a. n. i. e. n. als das Klosterreichste Land, bis der böse Don Jose Canales das Vorlegeschloßgesetz durchbrachte. Anno 1909 betrug in Spanien die Zahl der Klöster rund 3300; das macht bei einer Bevölkerung von 18 Millionen ein Kloster auf 5000 Seelen. Da es jedoch im Heimatlande Don Quichottes sehr reiche Klöster gibt, die nur 20 bis 30 Insassen zählen, so können dort durchschnittlich 143 amtlieh erklärte Ordenspersonen auf 100.000 Einwohner. Im schwarzen Belgien sind es 166 Klöster und Nonnen, in Oesterreich die Hälfte der Katholiken mit 2 Millionen Katholiken zählt man auf 100.000 Einwohner nur 159 Ordensleute.

Preußen dagegen mit nur 13 Millionen Katholiken wies schon Ende 1906 231 Klöster und Nonnen auf 100.000 Einwohner. Seit dem Jahre 1906 hat Preußen die Zahl der Klöster ganz bedeutend zugenommen. Es wird...

ber Sanbwerkerkonferenz und Versicherung auch der Ländlichen Arbeiter in Ostpreußen.

Auf dem Gebiete des Wohnungswesens Errichtung gesunder Arbeiterwohnungen durch den Staat oder durch staatlich unterstützte und kontrollierte Institutionen unter Fortfall aller Maßnahmen, die den Arbeiter in der freien Verwendung seiner Arbeitskraft beschränken oder ihn wirtschaftlich oder politisch abhängig machen.

Die Beseitigung aller Ungerechtigkeiten, unter denen besonders die Landarbeiter zu leiden hat, ist nur möglich, wenn in Preußen das Dreiklassenwahlrecht beseitigt und das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht eingeführt wird.

Die Parteigenossen werden aufgefordert, jede Gelegenheit, besonders die bevorstehenden Landtagswahlen, zu benutzen, um die Landbevölkerung über den Sozialismus aufzuklären und sie auf die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen und politischen Organisation hinzuweisen.

Schlussfassung der Fleischhandelskommission. Wie die tägliche Rundschau hört, dürfte sich die Vernehmung der Sachverständigen, die am dritten Januar ursprünglich beginnen sollte, doch noch eine ganze Zeit lang hinauszögern, worauf dann erst eine Schlussfassung der Fleischhandelskommission anberaumt werden soll. Dann dürfte auch Beschluss darüber gefasst werden, ob und in welcher Weise das gewonnene Material der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden soll.

Konferenz der Oberpräsidenten. Wie alljährlich, so wird auch in den ersten Tagen des nächsten Monats unter dem Vorsitz des Ministers des Innern eine Konferenz der Oberpräsidenten stattfinden. Diese Konferenz bietet den einzelnen Oberpräsidenten die Gelegenheit zur mündlichen Erörterung wichtiger schwebender Fragen. Man wird in der Annahme nicht fehlergehen, daß bei der bevorstehenden Anwesenheit der Oberpräsidenten in Berlin auch die noch nicht entschiedene Frage des Termins für die bevorstehenden allgemeinen Wahlen zum Preussischen Abgeordnetenhaus in Betracht werden wird.

Sitzungsprotokolle der Reichstageskammer. Der liberale Kandidat der Wahlkreis Stolp-Lauenburg, den die Konservativen bei der vor einigen Tagen stattgefundenen Erziehung wieder behauptet haben, gibt im „Berliner Tageblatt“ eine recht beachtliche Schilderung hinterkommener Wahlsituation, u. a. heißt es:

„Im Januar wie auch im Dezember d. J. bin ich wochenlang Tag und Nacht im Wahlkreise Stolp-Lauenburg von Dorf zu Dorf gezogen. Dabei wurde ich in Hohenfelde, Schöneberg, Ortschaften von betrübten gemachten konservativen Müllern auf das absteuendste belästigt, beschimpft, tätlich mißhandelt, in einigen Fällen wurden meine Verammlungen durch die sinnlos betrunken gemachten bedauernswerten Menschen unmöglich gemacht; auch meine Begleiter, die ich in der Lage bin, Ihnen auf Wunsch namhaft zu machen, wurden in roher Weise von diesen konservativen Elementen angegriffen, gestohlen, geschlagen und mit nicht wiederzugebenden Schmähungen und Beschimpfungen überschüttet.“

Die „Kreuzzeitung“ hat nach den Januarwahlen die Behauptung aufgestellt, daß die Konservativen den Wahlkampf in der denkbar vornehmsten Weise geführt haben. Was die Konservativen unter vornehmer Kampfesweise verstehen, das lehrt die vorstehende Schilderung.

Handwerker-Konferenz. Im Reichsamt des Innern wird demnächst eine Handwerker-Konferenz zusammengetreten, die sich mit den Vorschlägen befassen soll, die der am 5. Oktober 1912 in Hannover stattgefundenen Handwerks- und Gewerbeamtstag beschloffen hat. Es handelt sich in der Hauptsache um folgende Punkte: Abgrenzung von Fabrik und Handwerk, Veranziehung der Fabrikbetriebe zu den Kosten der Lehrlingsausbildung im Handwerk, Unterstellung der juristischen Personen unter das Handwerkgesetz, obligatorische Anhörung der Handwerkskammern durch die Behörden, Ausdehnung der Aufgaben der Handwerkskammern auf die Förderung der wirtschaftlichen Interessen des Handwerks, Einführung des gesetzlichen Schutzes des Wesentlichen, gesetzliche Festlegung des Begriffs „Lehrling“, Erziehung des Kontraktbruchs der Lehrlinge, Zulassung zur Meisterprüfung erst nach Vollendung des 24. Lebensjahres, Zurücklegung der zur Zulassung notwendigen Zeitspenden in der Praxis.

Bemerkenswert ist die rasche Bereitwilligkeit des Reichsamts des Innern, über diese meist hochreaktionären Forderungen zu unterhandeln. Bei dringenden Forderungen der Arbeiter läßt das Reichsamt des Innern eine solche Eile in der Regel vermissen.

Landtagswahlen in Lippe. Die Regierung des Fürstentums Lippe hat die Landtagswahlen für den aus drei Klassen zusammengesetzten Landtag auf den 20., 21. und 22. Januar festgesetzt. Die Linke hat im Landtag eine Mehrheit von einer Stimme, und um diese Erhaltung der Mehrheit wird sich der Kampf in der Hauptsache drehen.

Trost für den Durchfall. Die nationalliberale Presse verkündet mit Stolz, daß die nationalliberalen Wähler in Greiz ihrem durchgefallenen Kandidaten Dr. Stresemann eine kunstvoll gearbeitete Adresse widmen werden. Herr Stresemann besitzt schon eine solche Adresse, die ihm die Frauen des Wahlkreises Annaberg überbrachten, als er dort durchgefallen war. Wenn diese Ehrungen weiter andauern, dann wird Herr Stresemann, der bestimmt noch öfter durchfällt, eine ganze Dankadressen-Bibliothek zusammenbringen.

Universität Hamburg. Der Hamburger Bürgerchaft ist eine Vorlage gegangen, in welcher der Senat das Projekt einer Hamburgischen Universität vorlegt. Das bereits vorhandene Kolonialinstitut und das allgemeine Vorlesungswesen sollen zu einer akademischen Lehranstalt ausgebaut und vereinigt werden. Die Fakultäten sind vorgesehen: eine philosophische, eine naturwissenschaftliche, eine juristische und eine kolonialwissenschaftliche. Die letztere soll der ganzen Anstalt ihr charakteristisches Gepräge geben. Neben der Universität soll das öffentliche Vorlesungswesen bestehen bleiben und Unterrichtsstunden für Arbeiter sollen neu eingeführt werden.

Als Lehrgebäude dient das von dem Hamburger Großkaufmann Edmund Siemens gestiftete Vorlesungsgebäude, das noch erweitert werden soll.

Der Kampf um die Konkurrenzklause. Mit dem jüngst veröffentlichten Entwurf eines Gesetzes zur anderweitigen Regelung der Konkurrenzklause hat sich eine Konferenz befaßt, an der teilgenommen haben Vertreter von Arbeitgeber- und Angestelltenverbänden und des Reichsamts des Innern. Auch einige Reichstagsabgeordnete waren erschienen. Ueber die Verhandlungen wird offiziös mitgeteilt:

„Man einigte sich dahin, daß eine Anrechnung eines anderweitigen Verdienstes auf die vom Arbeitgeber zu zahlende Entschädigung überflüssig nicht stattfinden soll. Diese Regelung hat zweifellos den einen großen Vorteil, daß dadurch eine Unzahl von Prozessen vermieden würde. Denn der Nachweis, ob ein Angestellter es böswillig unterläßt, seine Arbeitskraft anderweitig auszunutzen, ist naturgemäß nur auf dem Prozeßwege zu führen. Ferner wurde an Stelle der fallenden Entschädigungsklaufe eine steigende gesetzt: der Angestellte soll im ersten Jahr ein Drittel und im zweiten Jahr ein Viertel seines Gehaltes bekommen. Man erwartet, daß der Reichstag diese Vorschläge in der Hauptsache genehmigen wird, daß sie den Wünschen beider beteiligten Parteien entspricht. Auf die Beseitigung der Konkurrenzklause überhaupt haben die Angestellten verzichtet, um eine Verständigung zu ermöglichen.“

Man wird zu einem abschließenden Urteil natürlich dann erst kommen können, wenn die Abänderungsvorschläge im Wortlaut vorliegen.

Die weisheitliche Sanbwerkerskammer hat an eine Anzahl Städte sogenannte allgemeine Grundzüge für die Verhand-

lungen mit landwirtschaftlichen Lieferanten von Schlachtschweinen gelangt, die für langfristige Lieferungsverträge gelten sollen. Es heißt darin u. a.:

Preis 55 Mk. pro Zentner Lebendgewicht bei Abnahme am städtischen Schlachthof, so lange der Marktpreis über 55 Mk. steht; ermäßigt sich der Dortmund-er Marktpreis für fette Schweine erster Qualität auf 54 Mk. und weniger, so würde sich der vereinbarte Lieferungspreis dem Marktpreise gleichstellen, bis letzterer auf 50 Mk. pro Zentner Lebendgewicht angekommen ist. Einer weiteren Ermäßigung des Marktpreises würde der Lieferungspreis nicht folgen, vielmehr auf 50 Mk. stehen bleiben, auch wenn der Marktpreis auf 40 Mk. und darunter sinken sollte.

Augleich sind in den Bezirken der Landwirtschaftskammer Zählungen der verfügbaren Schweine vorgenommen worden. Die Stadtverwaltung von Baderborn hat bereits zu diesen Vorschlägen Stellung genommen, hat aber erklärt, daß sie dies Angebot nicht eingehen könne, wenn sie auch grundsätzlich geneigt sei, mit landwirtschaftlichen Vereinen in Verbindung zu treten. Sie verlangt aber Beseitigung der Vorfrist, daß nach Lebendgewicht berechnet werden soll und weiter eine wesentliche Herabsetzung des Mindestpreises, wie eine untere Begrenzung der Gewichtsgrenze.

Wenn über den Vorschlag in dieser Weise schon in einer Stadt geriekt wird, wo das Zentrum herrscht, dann kann man sich ungefähr vorstellen, was das agrarische Angebot auf sich hat.

Hg. Wasser mann droht mit seinem Rücktritt. In einem Schreiben an die „Rheinische Zeitung“ erklärt Hg. Wassermann: „Weltweit der überwiegende Teil der nationalliberalen Partei steht weder auf dem rechten noch auf dem linken Flügel. Sie wünscht die Weiterführung einer von nationalem Geiste und echt liberaler Gesinnung getragener Politik, eine Politik, welche die volle Selbstständigkeit der nationalliberalen Partei nach rechts und links verbürgt. In dem Augenblick, in dem die nationale Partei ein Anhängsel der Fortschrittspartei der konservativen Partei werden würde, würden wir die Geschäftsleitung der nationalliberalen Partei, die in den Händen bewährter Männer, wie Friedberg, Brinz, Carvialh und Krause, den Vorzügen des geschäftsführenden Ausschusses in erster Reihe liegt, nicht mehr an ihrer Stelle sehen, und ich würde sofort den Vorsitz in der nationalliberalen Partei niederlegen.“ Auf den scharfmacherischen Flügel der Nationalliberalen wird diese Drohung keinen Eindruck machen, denn das, was Herr Wassermann androht, ist gerade das, was sie herbeisehnen.

Antisemitische Anfragen. Der Antisemit Dr. Werner (Gießen) hat das schlechte Wetter der Feierlage dazu benützt, vier kleine Anfragen an den Reichskanzler zu formulieren. Zunächst fragt er, ob eine Regelung der Ausländerfrage an den deutschen Hochschulen beabsichtigt sei. Dann will er wissen, ob endlich das „aller Menschlichkeit hochpreisende“ Schächten gesetzlich verboten wird. Außerdem fragt er, ob gesetzliche Maßnahmen gegen den Kinderhandel in Aussicht stehen, und endlich heißt er Antwort auf die Frage:

„Hält der Herr Reichskanzler den Erlaß des Herrn Ministers der öffentlichen Arbeiten gegen die Vereitelung jubengegenständlicher Schritten auf Bahnhöfen usw. für zu Recht ergangen? Ist der Herr Reichskanzler dann bereit, seinen Einfluss dahin geltend zu machen, daß auch gegen jüdische und judenfeindliche, Christen- und Deutschum bekämpfende Presseerzeugnisse vom Schläge des „Berliner Tageblatt“ und des „Mit“ ebenso scharf vorgegangen wird?“

Um einem unausbleiblichen Weiterleitersfolg im Reichstage zu entgehen, begnügt sich dieser würdige Jünger Alwarbis mit schriftlichen Antworten, deren Wortlaut wir mitteilen werden.

Musland.

Ruhegehalt für die nordamerikanischen Expräsidenten.

Der Stahlkönig Carnegie, der berühmte Wohlthäter der Menschheit, ist von Mitteln für die ehemaligen Präsidenten der Vereinigten Staaten erfährt worden. Er hat jüngst der Weltkund und zu wissen getan, daß die Expräsidenten vor finanziellen Schwierigkeiten bewahrt werden müßten und ihnen ein genügender Betrag „schönen Mammons“ zu sichern sei, der sie befähigte, ihre Würde und ihren Stolz zu wahren. Mit dieser Erklärung hat er als erste Jahresrente 25.000 Dollars gestiftet. Die Tat Carnegies hat eine Bewegung entfacht, die fordert, jedem Expräsidenten einen Sitz im Kongreß zu schaffen mit einem jährlichen Ruhegehalt von 17.000 Dollars; sie sollen „Staatskämmer der Allgemeinheit“ betitelt werden und weder Stamm- noch Nebenrecht im Kongreß haben.“ Ein entsprechender Gesetzentwurf ist ausgearbeitet und wird dem nächsten Parlament zur Beschlußfassung unterbreitet werden.

Die Präsidenten haben einen Jahresgehalt von 75.000 Dollars nebst nicht unberücksichtigten Aufwandsentschädigungen. Mit dem Verlassen des Amtes hört jede Unterstützung von Staats wegen auf und sie haben dann ihren Unterhalt aus eigenen Mitteln zu bestreiten. Die Frage des Ruhegehalts ist schon wiederholt, das letzte Mal von dem demokratischen Expräsidenten Cleveland, aufgeworfen worden, ohne jedoch zu einem Resultat geführt zu haben. Sie hatte zunächst nur eine vorübergehende oder untergeordnete Bedeutung, weil die Personen, um die es sich handelte, entweder vermögend waren oder genügend berufliches Einkommen hatten oder bald aus dem Leben schießen. Jetzt aber hat sich die Sache geändert: Vom nächsten März ab wird die Republik zwei Expräsidenten Roosevelt und Taft haben, die beide so arm sein sollen, daß sie Würde und Stolz nicht bewahren könnten, wenn sie nicht unterstützt würden. Roosevelt hungerte sich als Zellenscheiter durch und Taft mußte eine Professur annehmen, um nicht zu verkommen.

Diese Angaben haben das Herz Carnegies gerührt. Mit seiner Stiftung will er den bedauernswerten, zum Proletariat verdammten Expräsidenten eine handesgemäße Existenz ermöglichen. Dafür wird die kapitalistische Presse dem Wohlthäter der Menschheit bald noch den Titel „Wohlthäter der Expräsidenten“ zuerkennen. Der Stahlkönig zählt freilich den ehemaligen Staatspräsidenten mit den 25.000 Dollar nur ein Quäntchen von den Summen zuzila, die ihm durch ihre Zoll- und Arbeiterpolitik geworden sind. Ohne den Schutz auf Stahl und ohne die Unterbrückung der Stahlarbeiter durch Militär, Polizei und Richter hätte der Stahlruß niemals seine Millionenprosite und Carnegie niemals seine Milliarde erhalten, und beiden wäre nicht eine ständig und immer reichlicher fließende Geldquelle geschaffen worden. Und mit der spendeten Summe von 25.000 Dollars gibt Carnegie den künftigen Präsidenten einen leicht verständlichen Wink, nicht von der Politik abzugehen, die dem Stahlruß und seinem künftigen Millionengehalt und dadurch das Ruhegehalt für Expräsidenten garantiert.

Draußen in den kranken Stahlrußstädten schäufen Hunderttausende Proleten für einen Hungerlohn sieben Tage die Woche; auf ihren Straßen lausert die in den Stahlwerken verwundeten und rührten Arbeiter zu Hunderten hungern und betteln herum; die Armenhäuser sind mit entkräfteten und mittellosen Proletariern überfüllt und ihre Frauen und Kinder wissen nicht, womit sie den Hunger stillen sollen. Diesen eine Unterstützung oder einen Ruhegehalt oder auch nur einen auskömmlichen Lohn zu gewähren, weigert sich der große Wohlthäter der Menschheit.

Die ungarische Wahlreform. Die Einreichung der Wahlreformvorlage erfolgt nach der inzwischen erteilten Zustimmung des Monarchen in einer besonderen Sitzung des Abgeordnetenhauses am 31. Dezember. Die Vorlage wird vor der gemauerten Opposition als unannehmbar bezeichnet. Die Regierung wird an die Opposition eine neue Aufforderung zur Teilnahme an der Beratung der Vorlage in einem besonderen Ausschuss richten, ist jedoch entschlossen, die Vorlage unabhängig auch ohne die Opposition zu erledigen. Graf Andrássy und andere maß-

gebende Persönlichkeiten der Opposition traten unter Aufrechthaltung ihrer Forderung auf den nachträglichen Rücktritt von Caza und Tissa für eine freie Erledigung ein. Sie hoffen, daß die Opposition auf Grund des neuen Wahlgesetzes die Mehrheit erlangen werde.

Die Kosten der Tripolis-Expedition. Der italienische Finanzminister hat dem Senat einen Gesetzentwurf unterbreitet, wonach 857 Millionen für die Expedition nach Tripolis aus dem Staatshaushalt bewilligt werden.

Russenfeindliche Bewegung in China. Aus Peking wird der „Weltbürgerliche Wremia“ gemeldet: In China hat der Boykott russischer Waren begonnen. In der Mandschurei sind Agitatoren aus Peking angekommen, die eine Bewegung gegen Rußland hervorgerufen suchen.

Vom Balkan.

Auf der Londoner Friedenskonferenz legte Reschid Pascha, der den Vorsitz führte, die türkischen Gegenvorschläge vor, die für unannehmbar befunden wurden. Die Türken erklärten infolgedessen, sie müßten von neuem an ihre Regierung berichten. Diese Gegenvorschläge lauten:

1. Das Vilajet Abdanopel bleibt unter der direkten Verwaltung der Türkei.
2. Mazedonien wird in ein Fürstentum umgewandelt mit Salonik als Hauptstadt. Es steht unter der Souveränität des Sultans, jedoch unter einem von den Balkanverbündeten gewählten Fürsten, der vom Sultan ernannt wird. Der Fürst soll Protestant sein und aus einem neutralen Staat.
3. Albanien wird autonom unter der Souveränität des Sultans und unter einem Fürsten aus der türkisch-ottomanischen Familie, der für fünf Jahre gewählt wird mit der Möglichkeit der Wiederwahl.
4. Alle ägäischen Inseln bleiben türkisch.
5. Die kretische Frage wird von der Konferenz nicht behandelt, sondern zwischen der Türkei und den Großmächten geregelt werden.

Die Verbündeten erklärten darauf einmütig, daß darüber überhaupt nicht zu verhandeln sei, und so wurde die Sitzung auf Montag verschoben mit der Aufforderung an die türkischen Delegierten, entweder zu erklären, ob die heutigen Vorschläge ihre endgültigen Vorschläge seien, oder aber neue Vorschläge zu machen.

Serbien und Albanien.

Belgrad, 29. Dezember. Das Regierungsorgan erklärt, Serbien habe zwar den Beschlüssen der Vorkonferenz zugestimmt, werde jedoch unter keinen Umständen darin einwilligen, daß Albanien auf Kosten der von den serbischen Truppen blutig erkämpften Gebiete vergrößert werde. Zu einem solchen politischen Selbstmord werde sich Serbien in keinem Falle zwingen lassen.

Bulgariens Drohung.

Sofia, 30. Dezember. Die bulgarischen Friedensdelegierten sollen angewiesen worden sein, den Waffenstillstand mit der Türkei mit vierwöchiger Frist zu kündigen, falls die von den türkischen Friedensdelegierten in der morgigen Sitzung der Friedenskonferenz gemachten Vorschläge tatsächlich ihr letztes Wort darstellen sollten. Man glaubt indes, daß die Worte schließlich noch nachgeben werde und daß es nicht zur Wiederaufnahme der Feindseligkeiten kommen werde.

Optimistische Auffassung auf der Bosnie.

Konstantinopel, 29. Dezember. Auf der Bosnie herrscht trotz der Nachricht von der Ablehnung der türkischen Gegenvorschläge optimistische Stimmung. Man erklärt, die Mächte würden einen Druck auf die Balkanstaaten ausüben, um sie zum Verzicht auf Adrianopel zu bewegen. Der Sultan habe geschworen, Adrianopel mit den Gräbern seiner Vorfahren in seinem Falle abzutreten.

Türkischer Ministerrat.

Konstantinopel, 30. Dezember. Der gestrige Ministerrat beriet über die Instruktionen für das weitere Verhalten der türkischen Friedensdelegierten in der Londoner Konferenz. Auf der Bosnie verläutet wieder einmal mit der größten Bestimmtheit, die Türkei wünsche durchaus den Abbruch der Friedensverhandlungen zu vermeiden, habe aber die Delegierten andererseits auch auf das entschiedenste angewiesen, unbedingt darauf zu bestehen, daß die Stadt und das Vilajet Adrianopel türkisch bleiben. Im übrigen sollen die türkischen Friedensdelegierten versuchen, eine Verständigung mit den Delegierten der Balkanstaaten zu erzielen. Der wird versichert, bei der heutigen ziemlich wichtigen Sitzung der Friedensdelegierten werde der Staatssekretär des englischen Auswärtigen Amtes Sir Edward Grey selbst präsidieren.

Türkische Klagen über Kriegsgrenzen.

Die Bosnie, die vor einem Monat die Aufmerksamkeit der Mächte auf die Grausamkeiten gelenkt hatte, welche die verbündeten Armeen und die Banden gegen die Bevölkerung der besetzten Gebiete begangen hätten, hat beschlossen, an die Mächte erneut die Bitte zu richten, sie möchten durch ihre Konfult eine Kollektivuntersuchung über die Grausamkeiten, die noch immer verübt würden, anstellen. Die Berliner türkische Botschaft hat vom Minister des Auswärtigen in Konstantinopel folgendes Telegramm erhalten: Der Kommandant der Dittamee telegraphiert, daß griechische Banden, welche in das in der Nähe von Janina gelegene Dorf manische Dorf Kolonjati einrückten, trotz der guten Aufnahme, die ihnen zuteil wurde, die Einwohner ohne Unterschied des Alters und Geschlechts unerbittlich niedergemetzelt und die Männer verkränkt und verbrannt haben.

151 Millionen Kredit für das rumänische Kriegsministerium.

Bukarest, 28. Dezember. Finanzminister Marghiloman unterbreitete heute der Kammer Gesetzentwürfe betreffend die Anweisung eines außerordentlichen Kredites von 137 Millionen für das Kriegsministerium und eines weiteren Kredites von 14 Millionen für dasselbe. Die Unterbreitung dieser Gesetzentwürfe wird vom Hause mit lebhaftem Beifall begleitet.

Zur Armee abgereist.

Konstantinopel, 30. Dezember. Die Nachricht, daß der Kriegsminister gestern Abend wieder zur türkischen Armee nach der Schadowahalltaline abgereist ist, findet ihre Bestätigung. In den letzten unterrichteten politischen und militärischen Kreisen beurteilt man die augenblickliche Lage als sehr pessimistisch und sieht namentlich in der Reise des Kriegsministers in das türkische Hauptquartier ein sehr benachteiligendes Moment, da man mit ihr die Wiedereröffnung der Feindseligkeiten in Verbindung bringt.

Seeschlacht bei Chios.

Konstantinopel, 29. Dezember. Bei Chios hat eine große Seeschlacht stattgefunden, wobei die griechische Garnison der Stadt zur Kapitulation gezwungen wurde. Während der Schlacht wurde ein griechisches Kriegsschiff zum Sinken gebracht. Die siegreiche Türkenflotte ist noch nicht zurückgekehrt.

Nussbaum-Biere
sind bekömmlich!

Stadi-Theater
Die Ausgabe der Abonnements erfolgt täglich in den üblichen Kassenstunden in der Kassa des Stadt-Theaters.
Montag, nachmittags 3 1/2 Uhr:
„Schneewittchen“.
Abends 7 1/2 Uhr:
(Gründliche Opernpreise.)
Dienstag, nachmittags 3 1/2 Uhr:
„Schneewittchen“.
Abends 7 1/2 Uhr:
(Gründliche Opernpreise.)
Mittwoch, nachmittags 3 1/2 Uhr:
„Fay und Zimmermann“.
Abends 7 1/2 Uhr:
„Schneewittchen“.
7720
„Lida“.

Lobe-Theater
Montag 7 1/2 Uhr:
„Ariadne auf Naxos“ 7725
Dienstag 7 1/2 Uhr:
„Die Fledermaus“.
Mittwoch, nachmittags 3 1/2 Uhr:
„Hänsel und Gretel“.
Abends 7 1/2 Uhr:
„Die Färsin“.

Thalia-Theater
Montag, Gruppe I, 3. Vorstellung:
„Fischmann als Erzieher“ 7730
Mittwoch 7 1/2 Uhr:
„Eva“.

Schauspielhaus
Montag, 8 Uhr: 7735
„Der liebe Augustin“.
Dienstag 8 Uhr:

Vorspiel Henry Bender
„Paradies Nr. 10“
Mittwoch, nachmittags 3 1/2 Uhr:
„Der Frauenfeind“.
Abends 8 Uhr:

Vorspiel Henry Bender
„Paradies Nr. 10“.

Zirkus Busch
Breslau, Louisenplatz.
Schlesische Jubiläums-
Festspiele 1813.
Ensemble-Gastspiel Berliner Bühnen-
künstler unter Leitung v. Georg Eger.
Montag, den 30. Dezember,
abends 8 Uhr
Schlesiens Söhne 7740
Billetverkauf an der Kasse des
Zirkus Busch und im
Verkehrsbüro Barasch.

Liebig's Etablissement.
Zum verletzten Male:
Das brillante 7710
Dezember-Programm.

Viktoria-Theater
Parisiana-Ensemble 7715
(Intime Kammerspiele)
Anfang 8 Uhr.

Zeltgärten
Das erstklassige
Programm.
Anfang 8 Uhr. Preis gültig.
Im Tunnel:
Freikonzert. 7705

Gründer!
Der erste über hat, die eine geschick-
liche Ausführung gefordert, heute ist der
erste. Die ersten mit den ersten sind
für gute denn ganz zu sein. Die ersten
mit V. 222 an Rosenstein & Vecker
A.-G. München. 6550

Pianos aus Schöpfung,
verkauf
Velten, Instrumentenbauer,
Teichstraße 177. 6276
2 Nähmaschinen
mit 2 Jahren, wegen Platzmangel für 25
Mark 3 Mark, in der Kasse bei Rosenfeld,
Königsplatz 1, Schöpfung. 1929

Trinkt 5901/2
Nussbaum-Lager!

Kleiner Anzeiger

Unter dieser Rubrik kosten je drei Worte
10 Pfennige. Abonnenten haben gegen Guthaben
5 Worte frei. Das erste Wort fett. Schriftart bestimmt der
Verlag. Geforderte Abweichungen bedingen Zellenpreis.

Kauf und Verkauf

Wäsche mit Drehrolle ist bald billig
zu verkaufen. Off. u. Z. a. d. Exped. b. Z.
7748
Getragene Waggardereben, für jede
Figur, billig, gut erhalten. Kaufhaus für
Herzengardereben, Neue Schreibkeller 7745.
straÙe 6. 0429

Teppiche und Helle, farbecht u. dauer:
kalt, billig abzugeben bei Fein, Anfertigung
gegenüber Köppling. 7744, Jungferstraße,
gegenüber Köppling. 7743
Abonnenten und Leser der „Volkswacht“ können
ihre Zeitung nicht allein durch das Abonnement und
die Zuführung neuer Abonnenten unterstützen, sondern
sie unterstützen die „Volkswacht“ auch dadurch,
dass sie bei ihren Einkäufen die Inserenten der
„Volkswacht“ berücksichtigen und sich bei ihren
Einkäufen auf die „Volkswacht“ berufen.
Außerdem gibt man zur Unterstützung der „Volkswacht“
kleine Anzeigen über Käufe, Verkäufe, Vermietungen,
Mietgesuche, Arbeitsgesuche, Arbeitergesuche und dergl.
in den „Kleinen Anzeiger“ der „Volkswacht“.
Durch alles dies wird die „Volkswacht“ aktiv unterstützt

Gold. Zepter Klosterstraße Nr. 47. 6593
Silvester u. Gr. öffentlicher Tanz.
Um 12 Uhr: Große Ueberraschungen mit Bombenregen.
Ein frohes neues Jahr wünschen Schultz und Frau.

Zeltgarten.

Ab 1. Januar täglich:
Internationale Ringkampf-Konkurrenz
um die Meisterschaft von Deutschland und um die
Prämie von 6000 Mark in bar.
Die Konkurrenz steht unter Aufsicht des Internationalen
Ringer-Verbandes und bürgt dies für eine faire Durch-
führung der Kämpfe. 7704
20 der berühmtesten Ringer haben bisher ihre
Teilnahme zugesagt! u. N.:
Weltmeister Albert Sturm
Iwan Kain (der stärkste Mensch von Rußland)
Herzog (Champion der Schweiz)
Michailoff (Rußland)
Ali Achmet (der beste Ringer der Türkei)
Petroff (Champion der Mandtschurei)
(Alles Nähere Tageszeitungen und Anschlagstafeln).

5703
Prosit Neujahr!
wünscht allen seinen Gästen, Freunden und Verwandten
Familie Philipp, Goldner Schwan
Kupferschmiedestraße 22.
Tel. 3709.

Erfahrene Schlossergesellen
für bessere Klientenkonstruktion und Wiedearbeiten bei hohem Lohn sofort
gesucht. — Dauernde Beschäftigung bei guten Leistungen garantiert.
Carl Reichmann, Kattowitz. 7637

Trinkt 5901/2
Nussbaum-Bock!

Palast-Theater

BRESLAU
Neue Schweidnitzstrasse 16
Telephon 4991.
Von Sonnabend,
den 28. Dezember ab:

Jugend und Tollheit

Lustspiel in 3 Akten von
Urban Gad.
In der Hauptrolle:
Asta Nielsen.

Ferner:
Das übrige Programm.

7689
Kosennäherinnen
auf Heiligstagen und Lager werden sich bei
Tietze, Bauschulstr. 5.

7700
Rehe. Fasanen,
Hafen, auch geteilt, in gr. Quant. 17742
C. Ellguth, platz 21.

Stordsee

Hauptgeschäft: Schmiedebrücke 19
Telephon 5290 und 5291.
Filialen: Kaiser-Wilhelmstr. (Bahnhöfen), Telephon 4223. Mendorfstr. 73/75.
Gräbingerstr. 14, Telephon 5687.
Ferner: Leuthenstr. 16, Kaiserstr. 61 und 87, Klosterstr. 55 und 145,
Vorwerksstraße 11. 7697

Lebende Spiegeltarpfen
Pfund 90 Bfg. bis 1.20 Mk.

Ia. Cablian ohne Kopf im Schnitt Pfd. 28 Pf.
Ia. Seelachs ohne Kopf im Schnitt Pfd. 25 Pf.
Schellfisch ohne Kopf im Schnitt Pfd. 50 Pf.
Müsterfisch ohne Kopf im Schnitt Pfd. 50 Pf.
Frische grüne Heringe, 3 Pfd. 45 Pf.

Schöne Pfd. 50 Pf. Bratscholle Pfd. 40 Pf.
Kugelschellfisch 55 Pf. Bratschellfisch 26 Pf.
Goldbarsch 32 Pf. Smurrhahn 30 Pf.

Feinste fette Ostsee-Spidaale
in allen Größen.

Reichhaltige Auswahl in feinsten Marinaden.
Fettbücklinge heute und morgen frisch eintreffend.
Bahnliste Nr. 1.40, Postliste Nr. 1.15.
Feinste echte Kieler Sprotten.
Kiste, circa 3 Pfund Inhalt, Mk. 2.50.
Täglich Eingang frischer Ränherwaren.

Konsum- und Sparverein „Einigkeit“
für Briesg und Umgegend
E. G. m. b. H. 6798

Bilanz für das Geschäftsjahr 1911/12.

Aktiva		Passiva	
Einlagen	108,54 Mk.	Gewinnrücklage	19,080,00
Bank-Guthaben	1.000,00	Rücklagen	1.521,43
Bauspar-Guthaben	6.268,75	Reserve-Guthaben	3.282,48
Verkauf-Guthaben	762,55	Kontokorrent-Guthaben	1.184,40
Verkauf-Guthaben	1.876,79	Einlagen	970,20
Verkauf-Guthaben	33.624,24	Einlagen	15.836,56
Einlagen (Zinsen etc.)	1.000,00		
	44.675,07 Mk.		44.675,07 Mk.

Gewinn- und Verlust-Konto.		Gehalt.	
Verkauf-Guthaben	14.424,48 Mk.	Verkauf-Guthaben	290,77 Mk.
Verkauf-Guthaben	2.914,35	Verkauf-Guthaben	1.451,85
Verkauf-Guthaben	446,42	Verkauf-Guthaben	3.221,21
Verkauf-Guthaben	18.626,56	Verkauf-Guthaben	3.351,81
	36.412,81 Mk.		36.412,81 Mk.

Der Vorstand
Wilhelm Kimmhe. Gustav Schlag. Julius Kreitschmer.
Die Revisions-Kommission des Aufsichtsrates:
Otto Schneider. Carl Fagha. Max Sprang.

Freie Religionsgemeinde
Grünstraße 14/16. 17701
Jahresfest-Erbauung:
Dienstag, den 21. Dezember
Nachm. 6 Uhr. Pred. Schirn.

7700
Rehe. Fasanen,
Hafen, auch geteilt, in gr. Quant. 17742
C. Ellguth, platz 21.

BONBON-Abfall 7698
Pfd. 25 Pfennig 25 p. Pfd.
soweit der Vorrat reicht
von heute ab in unseren Filialen zu haben.
Klingenberg & Co.,
Schokoladen- und Zuckerwarenfabrik.

Das billigste
Feuerungsmaterial der Welt
liefert Jedem die Ostdeutsche Grube-Gesellschaft Steger & Co.,
Lautentzstrasse 14 (im Laden). 7289
Bei einem Verbrauch von ca. 9 Pf. pro Tag
haben Sie eine Tag und Nacht immer bereite Kochgelegenheit, stets
warmes Wasser, warme Küche, keinen Kohlenverbrauch und kein
Feueranzünden.
Wir laden Jedermann ein, sich die Einrichtung, die in jeden
Kachelherd eingebaut werden kann, bei uns ohne Kaufzwang anzusehen.

7556 Ohne
Schneeschipper-Punsch
keine Silvesterfeier mehr!
Der beste und bekömmlichste!
per 1/4 Flasche 1.90 Mk.
per 1/2 Flasche 1.05 Mk.
Leere Flaschen werden zu 10 bzw. 5 Pf. zurückgenommen.
Verkaufsstellen durch Plakate kenntlich.

Eduard Bornstein:
Die Grundbedingung
des Wirtschaftslebens.
Preis 20 Pf.
Zu beziehen durch die Expedition
und die Kelpostvereine.
Trinkt 5901/2
Nussbaum-Pilsner!

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 30. Dezember.

Die allgemeine Ortskrankenkasse für Breslau.

Eine sehr wichtige Vorlage steht u. a. auf der Tagesordnung der nächsten Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung am 2. Januar. Der Magistrat beantragt, die frühere allgemeine Ortskrankenkasse für Gewerbegehilfen auf dem Neumarkt zur allgemeinen Ortskrankenkasse im Sinne der Reichsversicherungs-Ordnung auszugestalten und eine neue allgemeine Ortskrankenkasse nicht zu errichten. In den Gründen sagt der Magistrat:

Die am 1. Januar 1911 in Kraft tretenden Vorschriften des Buches II der Reichsversicherungsordnung bedingen eine Neuordnung des Krankenkassenwesens. Die Reichsversicherungsordnung knüpft das Fortbestehen der zurzeit vorhandenen Orts-, Betriebs- und Zunftkrankenkassen an bestimmte Voraussetzungen, denen im Stadtkreise Breslau etwa 20 Ortskrankenkassen mit rund 2000 Mitgliedern nicht werden genügen können. Zur Weiterbeschäftigung dieser Personen sowie zur Ausübung der durch die Reichsversicherungsordnung der Krankenkassenpflichtig neu unterworfenen Versicherungsgruppen (für Stadt Breslau kommen etwa 20.000 Personen in Betracht) sieht die Reichsversicherungsordnung zwei neue Massnahmen vor: Allgemeine Ortskrankenkassen und Landkrankenkassen. Diese müssen werden nach § 231 Absatz 1 der Reichsversicherungsordnung durch Beschluß des Gesundheitsverbandes errichtet. Die Errichtung der Landkrankenkassen kann unterbleiben, wenn das örtliche Bedürfnis zur Errichtung vordringlich ist (§ 229 der Reichsversicherungsordnung). Von der Errichtung einer Allgemeinen Ortskrankenkasse kann nach Artikel 15 des Einführungsgesetzes zur Reichsversicherungsordnung zugunsten der Ausgestaltung einer bestehenden Allgemeinen Ortskrankenkasse Abstand genommen werden.

Der Beschlußauschuss des Versicherungsamtes der Stadt Breslau hat in Uebereinstimmung mit den beteiligten Arbeitgebern und Versicherern das Bedürfnis zur Errichtung einer Landkrankenkasse verneint, da die Einrichtungen dieser Kasse nicht auf die Bedürfnisse der gewerblichen Arbeiterbesetzung zugeschnitten sind. Wir haben daher in dem für die Neuordnung des Krankenkassenwesens im Stadtkreise Breslau für die höheren Verwaltungsbehörden aufgestellten Pläne die Errichtung einer Landkrankenkasse nicht vorgesehen.

In diesen Plänen ist ferner die Ausgestaltung der hier bestehenden Allgemeinen Ortskrankenkasse (früher Allgemeine Ortskrankenkasse für Gewerbegehilfen) nach Artikel 15 Absatz 2 des Einführungsgesetzes empfohlen worden. Diese Kasse ist bereits die Sammelkasse für alle Versicherungspflichtigen, die ferner für bestimmte Berufsgruppen oder Betriebsarten errichtet sind. Betriebs- und Zunftkrankenkassen anzugehören haben; sie entspricht demnach — mit Ausnahme der durch die Reichsversicherungs-Ordnung der Krankenkassenpflichtig neu unterworfenen Personen — bereits dem Versicherungsgebiete, den die Reichsversicherungsordnung der Allgemeinen Ortskrankenkasse zuweist. Der beabsichtigte Ministerialerlass bezeichnet in Abschnitt II Ziffer 3) die Ausgestaltung einer bestehenden Allgemeinen Ortskrankenkasse als vordringlich, weil alsdann eine Vermögenssicherungsmaßnahme vermieden wird und auch die bestehenden Verträge insbesondere mit Krankenbeamten und Ärzten in Kraft bleiben können.

Es empfiehlt sich im vorliegenden Falle auch, die Frage der Vermögenssicherungsmaßnahme durch Ausgestaltung der bestehenden Allgemeinen Ortskrankenkasse gegenstandslos zu machen. Denn bei Neuerrichtung einer Allgemeinen Ortskrankenkasse durch die Stadtgemeinde würden die aus der bestehenden Allgemeinen Ortskrankenkasse alsdann ausbleibenden und zur neuen Allgemeinen Ortskrankenkasse übergehenden Vermögensgegenstände die Bildung eines Sondervermögens und erhöhte Leistungen im Hinblick auf den sehr beträchtlichen Reservefonds der bestehenden Kasse beanspruchen können (§ 231 der Reichsversicherungsordnung). Derartige Sonderleistungen sind aber sowohl für die Krankenverwaltung als auch für die nicht beteiligten Versicherten keine erwünschten Einrichtungen.

Die Leistungsfähigkeit der bestehenden Allgemeinen Ortskrankenkasse im Falle ihrer Ausgestaltung steht außer Frage. Sie befindet sich in sehr günstiger Vermögenslage, verfügt über einen Reservefonds von rund 400.000 Mark und ist demzufolge wohl in der Lage, ihre jetzigen über die Durchschnittsleistungen der bestehenden Ortskrankenkassen erheblich hinausgehenden Leistungen weiterzugeben zu können.

Wir haben vor Aufstellung des Organisationsplanes mit den hiesigen Ortskrankenkassenführern Absprache genommen und eingehend erörtert, inwieweit die bestehenden Kassen bereit wären, ihre Selbstständigkeit zugunsten einer Allgemeinen Ortskrankenkasse aufzugeben. Hierbei hat sich herausgestellt, daß eine solche Bereitschaft nicht besteht. Bereits 60 Kassen (von 95 Kassen) haben den Antrag auf Zulassung als Sonderkasse gestellt, bei dem größten Teile der übrigen Kassen ist es nicht freier Wille, sondern gesetzliche Zwang, der sie abhält, den Zulassungsantrag zu stellen. Einer von der Stadtgemeinde zu errichtenden Allgemeinen Ortskrankenkasse würden nur etwa 10 Prozent aller versicherungspflichtigen Personen angehören können. Dies entspräche wieder dem Sinne des Gesetzes nach dem Begriffe einer „Allgemeinen“ Ortskrankenkasse. Die Ausgestaltung der bestehenden Allgemeinen Ortskrankenkasse ist vielmehr der erste Schritt zu einer größeren Verschmelzung der Kassen, da nur wenige der Kassen, die den Zulassungsantrag gestellt haben, in der Lage sein werden, ihre Leistungen denen der bestehenden Allgemeinen Ortskrankenkasse gleichwertig zu halten. Soweit die Sonderkassen dies nicht vermögen, werden sie nach § 269, 274 und 279 der Reichsversicherungsordnung geschlossen und gehen dann — sofern es Ortskrankenkassen sind — in der Allgemeinen Ortskrankenkasse auf.

Die für die Neuordnung des Krankenkassenwesens maßgebenden Stellen — das sind die Herren Minister für Handel und Gewerbe und für Landwirtschaft, das königliche Oberversicherungsamt zu Breslau und das Versicherungsamt der Stadt Breslau — haben dem Organisationsplane bereits zugestimmt. Nur ist nach dem Ministerialerlasse vom 4. November 1912 (Abschnitt II Ziffer 1) die Ausgestaltung der bestehenden Allgemeinen Ortskrankenkasse von dem Beschluß der städtischen Körperschaften abhängig zu machen, daß sie auf die Neuerrichtung einer Allgemeinen Ortskrankenkasse zugunsten der Ausgestaltung der bestehenden verzichtet.

Die bestehende Allgemeine Ortskrankenkasse hat bereits ihre Zulassung und Ausgestaltung im Sinne des Ministerialerlasses (Ziffer II, 1) beschlossen und beantragt.

Wir bitten, die Angelegenheit als dringlich zu behandeln, da nach dem Schreiben des Oberversicherungsamtes der Beschluß der städtischen Körperschaften nebst den Unterlagen bis spätestens 20. Januar 1913 dem Versicherungsamte zugehen soll.

Der durchschnittliche Jahresarbeitsverdienst der land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter

im Bezirk des königlichen Ober-Versicherungsamts Breslau ist nach einer Befragung vom 17. Dezember 1912 wie folgt festgestellt worden:

Kreise	Verdienste unter 16 Jahren		Verdienste von 16—21 Jahren		Verdienste über 21 Jahre	
	m. w.	m. w.	m. w.	m. w.	m. w.	m. w.
Stadtkreis Breslau und Stadtgemeinde Waldenburg	330	270	600	390	840	480
Die Stadtteile Schweidnitz und Brieg, die Stadtgemeinden Glog und der Kreis Waldenburg ohne die Stadtgemeinde Waldenburg	330	270	600	390	750	480
die übrigen Kreise	270	210	390	300	510	330

Diese Lohnsätze, die der Berechnung der Unfallrente zu Grunde gelegt werden, gelten vom 1. Januar 1913 an. In den meisten Stadt- und Landkreisen sind die Jahresarbeitsverdienste sehr niedrig und darnach auch die Unfallrente, die ja bei völliger Erwerbsunfähigkeit nur zwei Drittel des Jahreslohnes beträgt, bei einer Teilrente noch viel weniger.

Eine Konferenz

der sozialdemokratischen Gemeindevertreter

des Agitationsbezirks Breslau, die von 70 Genossen, 56 Gemeindevertretern und Stadtverordneten und 13 Gästen besucht war, tagte Sonntag in den Union-Festhallen auf der Reuschenstraße und nahm einen sehr befriedigenden Verlauf.

Stadt. Gen. Neukirch hielt zuerst einen Vortrag über die Armen- und Waisenpflege und die Rentenversicherung in Schlesien; seine 1/2 stündigen Ausführungen wurden mit großem Beifall aufgenommen. Die folgende Aussprache bewies auch diesmal wieder, wie nötig solche Versammlungen sind: es sprachen elf Vertreter aus Stadt und Land, die ihre Erfahrungen mitteilten und über die verschiedensten Fragen aufklärende Antworten erhielten. Besonders deutlich ging aus den Reden hervor, daß die Armen- und Waisenpflege auf dem Lande arg darunter liegt und sehr des Ausbaus bedarf. Die Unterhaltungen sind meistens äußerst niedrig, die Armenhäuser schlecht und die Behandlung der Armen im ganzen nur zu häufig ein schreiender Pöbel auf die sonst so viel gerühmte christliche Barmherzigkeit. Hier haben die sozialdemokratischen Gemeindevertreter kräftig eingegriffen und für einen Ausbau der Armenpflege nach den Grundzügen der Menschlichkeit und Gerechtigkeit unablässig zu wirken. Im Zusammenhange damit wurde auf das Elbefeld der Armen in System hingewiesen, das die Armenpflege auf eine breite ehrenamtliche Basis stellt und allen Gemeinden nur empfohlen werden könne. Es soll auch von den Genossen nicht vergessen werden, über schlimme Fälle der Armenpflege in der Volkswacht zu berichten, und der Rentenversicherung ist dadurch entgegenzutreten, daß wir den invaliden Männern und Frauen immer sagen, ihre Ansprüche auf Invalidenrente beim Gemeindevorsteher, Amtsvorsteher oder Landrat niemals zurückzunehmen, wenn sie auch noch so dringend dazu aufgefordert werden.

Partei-Sekretär Genosse Scholich sprach dann über die nächsten Gemeindevertreter-Wahlen auf dem Lande und gab zahlreiche und gute Ratschläge für die Agitation. Auch hierüber entwickelte sich eine lebhafteste Aussprache. Es wurden noch verschiedene andere Fragen über Gemeindeangelegenheiten besprochen und vom Vorstandstische aus beantwortet. Die Verhandlungen dauerten von 10 1/2 Uhr vormittags, bis 4 1/2 Uhr nachmittags. Die nächste Konferenz im Frühjahr 1913 soll sich mit dem Weggang und der Entwässerung beschäftigen.

Die Anstellungsverträge für das Stadttheater.

Der Magistrat, der das Stadttheater nach einem Beschlusse der Stadtverordneten-Versammlung vom Mai 1913 an selbst zu verwalten hat, verlangt jetzt die Erneuerung, Anstellungsverträge bis zur Dauer von drei Jahren abzuschließen. Zur Begründung dieses Antrages wird ausgeführt:

Es ist uns gelungen, mit einem großen Teile der bisher am Stadttheater angestellten Künstlerchaft die gegenwärtig laufenden Anstellungsverträge auf die Zeit vom 16. Mai 1913 bis zum 15. Mai 1914 zu verlängern. Bei einem Teile des Soloperpersonals hat sich dagegen bereits die Verlängerung der Verträge als unmöglich erwiesen; bei einem anderen Teile wird es sich erst im Laufe der nächsten Zeit entscheiden, ob die Verlängerung erfolgen kann oder nicht. Es ist daher erforderlich, die sich ergebenden Lücken durch die Anstellung neuer Kräfte zu ersetzen, und da der zum Interessanten des Stadttheaters gewählte Herr Woldegar Hunzsch bereit erklärt hat, hierfür bereits vor dem auf den 16. Mai 1913 festgesetzten Zeitpunkte seines Diensttrittes tätig zu sein, glauben wir, mit den erforderlichen Engagements nicht länger zurückhalten zu dürfen.

Daß hervorragende Kräfte für eine unter drei Jahren zurückbleibende Vertragsdauer zu finden sein werden, läßt sich nicht annehmen; die von Herrn Dr. Löwe geschlossenen Verträge hatten zum Teil eine erheblich längere Laufzeit. Soweit, wie dies wohl besonders bei dem technischen und Verwaltungspersonal möglich sein wird, eine kürzere Vertragsdauer erzielbar ist, werden wir bestrebt sein, hieron zum Nutzen der Stadt nach Möglichkeit Gebrauch zu machen. Mit Rücksicht auf die für die Anstellung von künstlerischen und technischen Kräften verhältnismäßig schon sehr vorgezogene Zeit bitten wir ergebenst, die Sache mit möglicher Beschleunigung behandeln zu wollen.

Von der Oberschiffahrt

wird gemeldet: Die für die jetzige Jahreszeit ganz ungewöhnliche Witterung hat auch die letzte Woche überdauert und hält auch jetzt noch an. Ebenso blieb der Wasserstand auf der Oder nach wie vor günstig; trotzdem ist die Schiffsfahrtsperiode aber nunmehr als beendet zu betrachten. Wie schon in dem letzten Bericht erwähnt, ist der Verkehr auf der oberen Oder, wo er überdies schon längere Zeit ruhte, durch Legung der Wehre von der Wasserbau-Behörde geschlossen, während die alljährliche Sperre des Oderpre-Flanals mit dem 1. Januar beginnt und meistens bis zum 15. Februar dauert, resp. länger, wenn an letzterem Termin ein Eisstand herrscht. Die letzten Rähne nach Berlin und darüber hinaus haben Breslau verlassen. Die Schiffsfahrtskrasse Breslau-Stettin und um-

kehrt ist noch frei, aber auch auf diesen Strecken ist der Verkehr mangels genügenden Ladungsangebots eingestellt worden. Das Umschlagsgeschäft in Breslau ist noch ziemlich reger; zur Ueberwinterung werden in der Hauptsache Zucker und Weizen geladen, und zwar zu steigenden Frachtsätzen, da Dackraum nur sehr knapp vertreten ist. Andererseits sind noch verschiedene Schlepplüge bergwärts eingetroffen, weitere Bergtransporte sind noch unterwegs und werden angesichts der gegenwärtigen Witterungslage Breslau auch wohl noch erreichen. Wir schließen hiermit die Berichte für diese Schiffsfahrtsperiode und werden sie am Beginn der neuen Schiffsfahrtsperiode wieder aufnehmen.

Eine Erhöhung der Hundsteuer

beantragt wieder der Magistrat bei der Stadtverordneten-Versammlung. Im vorigen Jahre ist die Magistratsvorlage die Hundsteuer von 20 auf 30 und 40 Mark zu erhöhen, abgelehnt worden; jetzt soll die Steuer für den ersten Hund von 20 Mark jährlich auf 25 Mark erhöht werden und auf 35 Mark für jeden zweiten und weiteren Hund. In der Begründung seines Antrages sagt der Magistrat unter anderem, da die Finanzlage der Stadt höchstwahrscheinlich eine schärfere Anspannung der Steuerfuge nötig machen wird, erscheint es durchaus gerechtfertigt, wenn zunächst versucht werde, die Einnahmen aus den sogenannten Luxussteuern möglichst zu erhöhen. Der Magistrat verspricht sich von der Erhöhung eine Mehreinnahme von jährlich 37.000 Mark.

* Unser Wandkalender. Die heutige Nummer enthält einen Wandkalender, der von allen Lesern als nützliche Beilage begrüßt werden dürfte. Der Wandkalender ist auf festem Papier geschmackvoll ausgeführt und wird sicherlich das ganze Jahr hindurch seinen guten Zweck erfüllen.

* Theaterbillets zu ermäßigten Preisen. Für das Märchenstück „Hänsel und Gretel“, Musik von Humperdinck, das am Sonntag, den 4. Januar, und am Sonntag, den 5. Januar, nachmittags, im Loketheater aufgeführt wird, wie auch für die willkürliche Märchenaufführung „Schneewittchen“ im Stadttheater am Sonntag, den 5. Januar, nachmittags, sind in unserer Expedition eine Anzahl Billets für den 1. Rang und Parkett zum Preise von 1 Mark zu haben. Der Verkauf nur an Mitglieder vom Dienstag an in der Zeit von 12—3 Uhr.

Der Bildungs-Ausschuss.

* Die zwei Dächer durch die alte Oder sind am Jendelberge durch die über 1 Meter tiefe Ausspülung des Flußbettes so hoch zu liegen gekommen, daß sie bei Niedrigwasser ein schweres Schiffshindernis bilden und auch selbst durch die Schiffe gefährdet werden. Einer dieser Dächer, der 750 Millimeter weite Doppeldächer, ist im letzten Jahre durch einen Tempel stark beschädigt worden. Der Magistrat hat den Hölzern notwendig ausgebeizert und sich nach wiederholter eingehender Prüfung der Rechtsfrage entschließen müssen, von einer Schadenersatzforderung abzulassen. Das beschädigte Dächerrohr muß nicht nur herausgehoben und durch ein neues ersetzt, es müssen auch zur Sicherung der Dächer und der Schiffsahrt bei Niedrigwasser die Dächer durchweg um 1,5 Meter tiefer gelegt werden. Bei dieser Gelegenheit will der Magistrat im Einvernehmen mit der Bauverwaltung den Doppeldächer durch einen einfachen Dächer von 1200 Millimeter Breite ersetzen. Nach der Vereinbarung mit der Oberstrombauverwaltung will der Magistrat den 1000 Millimeter weiten Dächer um 1,5 Meter ebenfalls tiefer legen. Der Eruchung des Oberpräsidenten soll die Umlegung der Dächer in diesem Winter ausgeführt und möglichst vor Eröffnung der Schiffsahrt im Frühjahr beendet werden. Im Hinblick auf die vorgeschrittene Jahreszeit sind die Arbeiten bereits ausgeschrieben und der Magistrat eruch, über die Angelegenheit bald zu beschließen. Die Kosten für die Kantalarbeiten sind auf 160.000 Mark veranschlagt.

* Zur Durchlegung der Springerstraße von der Theaterstraße bis zur Neuen Schweidnitzerstraße und zur Verbesserung der Einmündung der Theaterstraße in die Springerstraße will der Magistrat von der offenen Handelsgesellschaft J. Fuchs und Söhne Strakenlandhäuser erwerben, die in der Springerstraße und Theaterstraße fallen. Der Gesellschaft soll dafür das freie Baurecht für die Fronten ihres Grundstückes an der Springerstraße und Theaterstraße und eine bare Abfindung von 90.000 Mark bewilligt werden.

* Seit und Dienstag sind die Geschäfte bis 10 Uhr abends geöffnet. Zugunsten der Handlungsgehilfen und -Gehtinnen bitten wir aber unsere Leser, ihre Einkäufe wie sonst bereits vor 8 Uhr abends zu befragen.

* Grüne Ausweiskarten. Die Städtische Betriebsdeputation macht bekannt, daß die Angestellten der städtischen Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke für das Jahr 1913 mit Ausweiskarten von grüner Farbe versehen sind.

* Eine Omnibusverbindung zum israelitischen Friedhof in Collet errichtet vom 2. Januar an die Synagogengemeinde in Breslau.

* Zwangsweise versteigert werden demnächst folgende Grundstücke: Linienstraße 15 am 10. Februar, Bierstraße 16 am 13. Februar, Rosenstraße 21 u. 22a am 11. Februar, Kospolystraße 45 am 4. Februar.

* Konkursöffnung. Ueber das Vermögen des Bierlegers Karl Wilhelm Dierke, in gleichlautender Firma, Subenstraße 24, ist das Konkursverfahren eröffnet worden. Verwalter: Kaufmann Karl Michalock. Das Konkursverfahren über das Vermögen der offenen Handelsgesellschaft Hausfelder u. Relisowski ist nach Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben worden.

* Tierquälereien an Karpfen kommen an Skizzen häufig vor. Man ist an diesem Abend lieber einen „roten“ Fisch. Um zu sehen, ob denn auch ein solches Tier gekauft wurde, wird der lebende Fisch etwas angeschlitten, oder man drückt ihn so lange, bis Milch oder Roggen kommt. Man läßt hoch lieber den Fisch durch einen kräftigen Schlag auf den Kopf.

* Taschendiebstahl. Einem Friedhofsaufseher ist am Freitagvormittag des hiesigen Hauptbahnhofs ein Portemonnaie mit einem bedeutenden Geldebetrag aus der Tasche gestohlen worden.

* Festgenommen wurde in einem hiesigen Cafe eine „bessere“ Dame, die ein Portemonnaie mit 300 Mark gestohlen hatte.

* Durch Verbrühen gekorben ist in der elterlichen Wohnung am 27. Dezember der vierjährige Sohn eines Eisenbahnarbeiters auf der Bierwurmstraße. Der Knabe war am 23. Dezember von einem Stück Gerabergel, ohne zu beachten, daß auf dem Fußboden ein Gefäß mit kochendem Wasser stand. Das Kind fiel in das Gefäß hinein und erlitt so schwere Verbrühungen, daß es wohl rechtliche Hilfe gekorben ist.

Auf der Polizeiwache.

Der Schlosser Alfons Deutscher aus Breslau sah am Abend des 27. Oktober 1912, wie der Schuhmann Madle (Nr. 685) auf der Lohestraße einen Mann festnahm. Da der Schuhmann den Festgenommenen scharf ansah, machte Deutscher die Bemerkung: „Das ist keine Art und Weise, den Mann so anzufassen.“ Diese Aeußerung veranlaßte den Schuhmann, Deutscher aufzufordern, sofort weiterzugehen. Weil der Schlosser diesem Befehl nicht sofort nachkam und weiter seinen Unwillen über die Festnahme des Fremden ausdrückte, wurde Deutscher von dem Beamten mit zur Wache genommen. Auf der Wache soll er sich laut betragen haben, weshalb er in die Arrestzelle gesperrt wurde. Nun lautet die Vorschrift für Schuhleute, jedem Arrestanten fünf vor seiner Unterbringung in der Zelle, Geld, Wertgegenstände, die Polenträger usw. abzunehmen. Das hatte der Schuhmann Madle vergessen, und so wurde Deutscher nach einiger Zeit wieder aus der Zelle herausgeholt und zur Abgabe dieser Sachen aufgefordert. Beim Aufzählen des Geldes soll der Schlosser gesagt haben: „Euch muß schon das Geld vorzählen, denn sonst macht ihr euch so von hinten herum mit einem Griff was beiseite.“ Am Morgen des anderen Tages wurde er wieder freigelassen. Wegen Beleidigung, ruhestörenden Lärmes und Nichtbefolgung polizeilicher Anordnungen mußte sich Deutscher am Sonnabend vor dem hiesigen Schöffengericht verantworten. Der Angeklagte führte zu seiner Verteidigung aus, er sei auf der Wache vom Schuhmann Madle in die Zelle gebracht worden und habe sich dabei eine Verletzung am Hals zugezogen. Der als Zeuge gehörte Schuhmann bestritt jede Mißhandlung, ebenso hatten seine auf der Wache anwesenden Kollegen Streibel, Karger, Damaschke und der Polizeiwachmeister Scheuen nichts davon gesehen. Nach den Befundungen der Schöffen soll der Angeklagte in der Wachtube auch gesagt haben: „Ihr Hunde habt mich hingestochen; das soll Euch schwer zu stehen kommen.“ Vom Vorsitzenden, Gerichtsassessor Dr. Bandmann, wurde der Angeklagte gefragt, was er dazu zu erklären habe. Deutscher gab an, er habe mir gesagt: „Wie ein Hund wird man hier behandelt.“ Das Gericht erkannte wegen der angelegten Verletzungen auf 33 Mark Geldstrafe. Wegen des ruhestörenden Lärmes und der Nichtbefolgung polizeilicher Anordnungen wurden 12 Mark Geldstrafe festgesetzt.

*** Zur Lage der altpensionierten Eisenbahn-Handwerker und Arbeiter.** Wir werden um Aufnahme folgender Zuschrift ersucht: Die vor dem 1. Juli 1910 pensionierten Eisenbahn-Handwerker und Arbeiter, welche dem Staale keine Dienste geleistet und noch dazu hohe Beiträge in ihre Pensionskasse gezahlt haben, befinden sich in der bittersten Not. All ihr Willen um maßgebender Stelle um eine kleine Aufbesserung ihrer nicht hinreichenden Pensionsbezüge sind fruchtlos geblieben. Unterstützungsgeldern werden in den meisten Fällen abgelehnt.

Am 5. und 6. Dezember war eine Hauptversammlung der Pensionskasse in Berlin. In diese Versammlung hatten sich die Altpensionäre mit der Bitte gewendet, doch ihre sehr niedrigen Bezüge etwas aufzubessern. Die zur Hauptversammlung einberufenen Arbeitervertreter sprachen sich auch einstimmig für diesen Antrag aus. Aber die Vertreter des Herrn Ministers, der, nebenbei bemerkt, so viel Stimmen auf sich verehnt, wie alle Vertreter der Arbeiter zusammen, drohte, wenn der Antrag der Altpensionäre angenommen würde, hätten die anderen auf Jahre hinaus keine Aufbesserung ihrer Pensionsbezüge zu erwarten. Diese Bezeichnung der Arbeitervertreter seitens des Vertreters des Herrn Ministers, indem die Niederschlagung der Wünsche der Altpensionäre. Auch sagte der Regierungsvorsteher, daß durch die Annahme des Antrages ein großer Miß in die Kasse gebracht wird, und auch erst ein versicherungstechnisches Gutachten eingeholt werden müßte. Daraufhin fand der Antrag nichtig. Eine Ausnahme. Demgegenüber ist nachzuweisen, daß die betreffende Kasse in den letzten drei Jahren noch Abzug sämtlicher Ausgaben noch einen reinen Ueberschuß von nahezu 42 Millionen Mark zu verzeichnen hatte. Im letzten Rechnungsjahr belief sich der Ueberschuß allein auf 18 Millionen Mark, sodas das Vermögen dieser Kasse Ende 1911 auf die Höhe von 135 Millionen Mark gestiegen ist. Eine unverkäufliche Einnahme ist dieser Kasse infolte garantiert, als stets eine junge zahlende Kraft für eine alle ausstehende eintritt. Da überhaupt in den letzten fünfzehn Jahren ein Fortwähren des beträchtlichen Steigen der Ueberschüsse der Kasse zu verzeichnen war, ist wohl der Einwand des versicherungstechnischen Gutachters hinfällig. Vor drei Jahren haben übrigens die Arbeitervertreter schon einmal einstimmig in einer Resolution den Herrn Minister gebeten, die finanzielle Möglichkeit einer Berücksichtigung der Petition zu untersuchen. Dieser Resolution wurde keine Folge gegeben, die Sache liegt heute noch so wie 1901 und die Vertreter müßten sich darauf beschränken, ihre Resolution zu erneuern. Die Pensionsbezüge der altpensionierten Eisenbahn-Handwerker und Arbeiter betragen nach 35- bis 40-jähriger Dienstzeit im Durchschnitt 30 bis 40 Mark monatlich. Die Bezüge mancher Witwen verstorbener Altpensionäre betragen sogar bloß 5 bis 9 Mark monatlich, also die Hälfte des fiktionalen Arneingeldes. Zu bemerken ist noch, daß es sich nur um alte gebrechliche Leute handelt, welchen ein langer Genus von Pension gar nicht beschieden ist. Es gereicht der Mitleidigen Preussisch-Österreichischen Staatsbahn nicht zur Ehre, daß ihre alten, treu gedienten Handwerker und Arbeiter im Alter hungern müssen, trotz des kolossalen Vermögens ihrer Pensionskasse, welches die betreffenden Altpensionäre durch Beitragszahlung aufbauen halfen.

*** Vermittelt wird** seit einiger Zeit der 59 Jahre alte Mühlenbauer Johann Ender, Michaelisstraße 26.

*** Gefunden** wurden eine Aktentische mit Inhalt, ein Portemonnaie mit Inhalt, ein Augenlas mit Nadelfassung, eine schwarze Krummerboe, ein Kompabour mit Inhalt, ein Umhängeloch, eine Borstecknadel mit rosa Stein, ein Beutel mit Inhalt, ein Herrenschirm, ein schwarzer Muff, eine Damenhandtasche mit Inhalt.

*** Verloren** wurde eine Samttasche mit Inhalt, ein Augenlas mit Goldfassung, eine Herzboe, ein Trauring gezeichnet K. L.

Aus Breslau (Land)-Neumarkt.

Klein-Gandau. Mehr Vorsicht. Das vor wenigen Monaten am Bahnübergang geschehene Unglück, dem so viele hoffnungsvolle Menschenleben zum Opfer fielen, scheint leider noch nicht genügend aufgeschreckt zu haben. Am Sonnabend vormittags 5.13 der Lokfahrgang von Herrnproßisch die Stelle passierte, war die Schranke wieder nicht geschlossen. Sollte keine Abhilfe möglich sein?

Sennigsdorf. Erpressung. Ein galizischer Arbeiter ist von einem unbekannten Mann verlockt worden, mit ihm zusammen von Breslau zum Bahnhof Scherbisch zu fahren. Der Fremde erbot sich, ihm dort in der Nähe auf einem Gut eine gute Arbeitsstelle zu besorgen. Vom Bahnhofe marschierte er mit diesem bis zum Walde bei Sennigsdorf. Dort zog er plötzlich ein Messer hervor und bedrohte ihn mit Erstickten, sofern er ihm nicht seine Barocktasche aushändigte. Der Galizier sah sich gezwungen, dem zu willfahren und übergab dem Erpresser seine Barocktasche von 25 Mark, worauf der Wandit verschwand.

Mittel-Wiltan. Unglücksfall. Auf dem hiesigen Outshofe stürzte der Fütterer August Berke eine Treppe herunter. Er scheint außer schweren Kopfwunden auch noch innere Verletzungen erlitten zu haben. Am nächsten Tage mußte er in das Krankenhaus Mamslan geschafft werden. Das Unglück wäre nie geschehen, wenn sich die Treppe in vorchriftsmäßigen Zustande befunden hätte. Jetzt, nach dem Schaden, hat man freilich sofort die Fehler abgestellt.

Aus Obereschlesien.

Beuthen OS., 30. Dezember. Die letzte Schicht. Beim Durchfahren eines Weilers auf der der Rattowitzer Aktiengesellschaft gehörigen Carnaliscudegrube bei Beuthen sind am Sonnabend nachmittag die beiden Grubenarbeiter Ludwig Hanuffel aus Hohenlinde und Johann Katarzki aus Rosberg von zusammengefallenen Gesteinmassen verschüttet worden. Die beiden Bergleute konnten nur noch als Leichen geborgen werden.

Neustadt OS., 30. Dezember. Zur Karikatur des Dreiklassenwahlrechts. In der Sonntagnummer der „Neustädter Zeitung“ lesen wir: Heute (Sonnabend) vormittag fand in der ersten Wahlabteilung die Stadtverordnetenwahl für den verstorbenen Stadtverordneten Papatsch statt. Von den vier Wählern der ersten Abteilung war nur einer (Der Fabrikbesitzer Dr. Kurt Franke) erschienen. Er wählte (muß heißen ernannte D. N. d. V.), Herrn Schlachthofdirektor Heinrich Sicker zum Stadtverordneten. Das Mandat läuft bis Ende 1915.

Königshütte, 30. Dezember. Die Wirbelsäule gebrochen. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich am Weihnachtsfeiertage auf dem Rajenpostfahrgang an der Kaiserstraße. Eine Anzahl junger Mädchen und Kinder war auf dem hohen Holzbaum geklettert, um dem Spiele zuzusehen. Infolge der großen Last brach der Baum zusammen und begrub den am Baum stehenden jugendlichen Arbeiter Franz Pzewozdzing, Lazarettstraße, unter sich. Prjewozdzing erlitt dabei so schwere Verletzungen, daß er in das Knappschafslazarett überführt werden mußte, wo ein Bruch der Wirbelsäule festgestellt wurde.

Königshütte, 30. Dezember. Unangenehme Weihnachtsübertragung. Eine unangenehme Weihnachtsübertragung wurde hier am Heiligen Abende einer Anzahl österreichischer Unterthanen, die der Mejerer und der Landwehr angehören, zuteil. Sie erhielten die Ordre, sich noch an demselben Tage bei dem in der Ordre näher bezeichneten Truppenteile zu melden.

Rattowitz, 30. Dezbr. In den Betrügereien in der Rattowitzer Handwerkerbank. Was vorauszu sehen war, ist nunmehr eingetreten. Auf Grund des von dem Liquidator an die Staatsanwaltschaft in Beuthen eingereichten Bericht hat die Staatsanwaltschaft die Verhaftung des bisherigen Kantanten, Schneidermeisters Giesel angeordnet, die Freilassung erfolgte. Giesel erklärte sich natürlich für unschuldig. Daß die Angaben der Liquidatoren über die vermulliche Höhe der Unterschlagungen bezw. des Fehlbetrages durchaus nicht zu niedrig bemessen waren, ergibt sich jetzt daraus, daß nunmehr der Fehlbetrag, der durch die unverantwortliche Geschäftsführung bei der Handwerkerbank entstanden ist, auf weit über 100 000 Ml. geschätzt wird. Uebrigens soll, wie die „Rattowitzer Zeitung“ zu melden weiß, eine weitere Verhaftung in Sachen der Handwerkerbank bevorstehen. Der Staatsanwalt hat alle Geschäftsbücher der Handwerkerbank beschlagnahmt.

Mysłowit, 30. Dezember. Wegen Spionage in Sosnowitz verhaftet. Der Vorsteher des Einkaufsbureaus der Pulchinskij-Werke in Sosnowitz und seine Ehefrau, sowie ein Ingenieur der Kesselerwerke von Fignur u. Camper in Sosnowitz, beide österreichische Reserveoffiziere, standen schon seit langer Zeit im Verdacht, Spionage gegen Rußland zu treiben. Sie wurden infolgedessen von der russischen politischen Polizei im Geheimen scharf bewacht. Am 23. Dezember, vormittags, wurden alle drei Personen, als sie vom Bahnhof Sosnowitz nach Rattowitz fahren wollten, verhaftet, ebenso ein Rattowitzer, der deutscher Reichsangehöriger ist, der sich ganz zufällig in der Gesellschaft befand. Trotz seiner Legitimationspapiere wurde er dennoch von den Beamten mitgenommen. Erst am nächsten Tage wurde er, da nachgewiesen wurde, daß er in Rattowitz wohnt und sich nur an diesem Tage geschäftlich in Sosnowitz aufgehalten hat, wieder freigelassen. Die anderen drei Personen wurden nach dem Gefängnis zu Wenzin gebracht.

Wiesl, 29. Dezember. Ein gemeines Substantiel wurde dieser Tage in Dobosch verübt. Den Gasthaus- und Dampfsägewerksbesitzern Gebrüder Machozel wurden sämtliche Fische ihres Teiches vergiftet. Es sollen an 60 Zentner Karpien sein. Der Schaden wird auf 3000 Mark geschätzt. Von den gemeinen Gesellen, die wohl die Tat aus Rache begangen haben, hat man bisher noch keine Spur.

Witkuschütz, 30. Dezember. Die alte Geschichte. Einer Feuerkule gleich die 18jährige Tochter des Bergmanns Schifora von hier. Das Mädchen wollte mit Spiritus Feuer anzünden, die Flammen schlugen zurück und setzten die Kleider in Brand. Im Nu glüht sie einer Feuerkule. Die Brandwunden sind derart, daß wenig Hoffnung besteht, die Bedauernswerte am Leben zu erhalten.

Parteiangelegenheiten.

Zum preussischen Parteitag.

Das Empfangsbureau für die Delegierten befindet sich im Gewerkschaftshaus, Engeluxer 15, Saal 2. Legitimations- und Wohnungskarten können daselbst von Sonntag, den 5. Januar 1913, in den Stunden von 9 Uhr morgens bis 11 Uhr abends in Empfang genommen werden.

Zu den am Montag, den 6. Januar, morgens 9 Uhr, im Gewerkschaftshaus Saal 4 beginnenden Verhandlungen haben die Mitglieder der Partei und Gewerkschaften gegen Vorzeigung ihrer Mitgliedsbücher freien Zutritt.

Gastkarten zum Preise von 50 Pf. für die Halbtagskarte sind vor Beginn und während der Verhandlungen gleichfalls im Gewerkschaftshaus erhältlich.

Gesuche um Zutrittskarten für Presse-Vertreter sind an

Eugen Ernst, Berlin SW. 63, Lindenstraße 3, zu richten.

Die Namen der gewählten Delegierten sind umgehend an Theodor Fischer SW. 63, Lindenstraße 69, einzufenden. Desgleichen ist mitzuteilen, für welche Delegierten Logis besorgt werden soll.

Die Parteileitung Preußens.

Neueste Nachrichten.

Riderlen-Waechter gestorben.

Stuttgart, 30. Dezember. Staatssekretär des Auswärtigen von Riderlen-Waechter ist heute früh 7 Uhr 50 Minuten bei seiner Schwester, Freiin von Gemmingen-Guttenberg, bei der er die Weihnachtsfeiertage verbrachte, an Herzlähmung gestorben.

Die Opfer des Grubenunglücks auf Zeche „Hohenbach“

Aßin, 30. Dezember. Von den auf Rechte Minister Hohenbach vor kurzer Zeit verunglückten Bergleuten ist gestern im Krankenhaus noch einer gestorben, so daß nunmehr die Zahl der Todesopfer im ganzen 49 beträgt. Im Krankenhaus zu

Brandauer befinden sich noch zehn schwer verletzten Bergleute. Von diesen wurden zwei als unheilbar verletzt in das Dormunder Irrenhaus übergeführt, wo die Unglücklichen wahrscheinlich die gesamte übrige Lebenszeit verbringen werden müssen. Die übrigen leichter verletzten Bergleute, die sich noch im Krankenhaus befinden, konnten bis gestern sämtlich entlassen werden und sind wieder vollständig hergestellt worden.

Tarif-Verhandlungen.

München, 30. Dezember. Die Tarif-Verhandlungen für das deutsche Baugewerbe fanden gestern hier unter dem Vorsitz des Gerichtsdirektors Dr. Brenner statt. Die Beratungen betrafen hauptsächlich nur allgemeine Punkte. Eine Einigung konnte nicht erzielt werden. Die Debatte verlief teilweise außerordentlich hitzig. Der Vorsitzende vertagte darauf die Verhandlungen auf den 21. und 22. Januar nächsten Jahres. Die Verhandlungen in diesen beiden Tagen sollen in Berlin fortgesetzt werden und zwar wiederum unter dem Vorsitz Dr. Brenners.

Revierkonferenz.

Saarbrücken, 30. Dezember. Gestern nachmittag tagte hier die Revierkonferenz der Christlichen Gewerkschaften, um über einen endgiltigen Beschluß in dem Bergmannstreik zu beraten. Erschienen waren hierzu auch von der Zentrale der Christlichen Gewerkschaften, der Abgeordnete Giesberts und der Generalsekretär der Christlichen Gewerkschaften, Stegerwald. Die erschienenen Arbeiterdelegierten, etwa 400 an der Zahl, waren zum allergrößten Teile für den Streik, aber die Gewerkschaftsführer, vor allem der Abgeordnete Giesberts und der Generalsekretär Stegerwald, erklärten sich mit aller Bestimmtheit gegen den Streik. Die ganze Versammlung verlief schließlich resultatlos. Man beschloß, die Konferenz heute vormittag weiter lassen zu lassen und erst dann einen endgiltigen, die Arbeiterschaft bindenden Beschluß zu fassen.

Die russische Ehrlichkeit.

Petersburg, 30. Dezember. Der Präsident der St. Petersburg Sanitätskommission Dr. Hubert ist wegen Fälschungen und Mißbräuchen im Amt verhaftet worden.

Auf dem Wege der Besserung.

Telsh, 30. Dezember. Im Bestinden des Bisköfings von Judien, auf den bekanntlich vor einigen Tagen ein Attentat ausgeübt wurde, Lord Harding, ist eine entschiedene Wendung zum Besseren eingetreten, sodas die Verzte, wenn der Fortschritt in der Besserung weiter so anhalten sollte, und nicht unvorhergesehene Komplikationen eintreten, mit einer baldigen vollständigen Wiederherstellung rechnen.

Suchomlinow in Berlin.

Berlin, 30. Dezember. Der russische Kriegsminister General Suchomlinow, ist gestern von Leipzig kommend, von seiner Auslandsreise in Berlin eingetroffen. Für heute mittag 1 Uhr ist General Suchomlinow nach dem Neuen Palais in Potsdam zur Frühstückstafel des deutschen Kaisers geladen.

Aus dem österreichischen Abgeordnetenhaus.

Wien, 28. Dezember. Das Abgeordnetenhaus hat das Budgetprovisorium in zweiter und dritter Lesung angenommen. Die Sitzung dauerte um 1 Uhr nachts noch fort.

Zur Bürgermeisterwahl in Wien.

Wien, 30. Dezember. Der Kaiser Franz Josef hat die Wahl des Dr. Weiskirchner zum Ersten Bürgermeister von Wien bestätigt.

Opfer des Sturmes.

Kopenhagen, 30. November. Aus Reykjavik kommt die Nachricht, daß der englische Fischdampfer „Romco“ aus Grimsby an der isländischen Küste bei heftigem Sturme untergegangen sei. Die aus dreißig Mann bestehende Besatzung, der Mehrzahl nach Norweger, fand bis auf den letzten Mann den Tod in den Wellen.

Kopenhagen, 30. Dezember. Der Dampfer „Volde“ ist auf der Reise von Nizza nach Swansea im Atlantischen Ozean in der Nähe des Einganges zum Narmelkanal gesunken. Der Kapitän und ein einziger Matrose wurden von einem vorüberfahrenden englischen Fischdampfer im offenen Boot, in dem sie trotz des heftigen Sturmes zwei Tage und zwei Nächte im offenen Meer herumgetrieben worden waren, halb erstickt und vollständig erschöpft am Ende ihrer Kräfte, gerettet und, nachdem sie sich wieder erholt hatten, an Land gesetzt. Die übrigen dreizehn Mann der Besatzung fanden den Tod in den Fluten.

Schon wieder ein Kinobrand.

Strasburg i. El., 30. Dezember. In einem in der hiesigen Altstadt gelegenen größeren Kinematographen-Theater „Edorado“ entzündeten sich plötzlich während der Vorstellung am Sonnabend abend durch Kurzschluss mehrere Lampen und die urplötzlich über einen Meter hoch aufliegende Stichtlamme verurteilte das zahlreich erschienene Publikum in eine heftige Aufregung, die sich zur Panik steigerte, als sich das Feuer durch die Ungeschicklichkeit und Recklosigkeit der die Maschine bedienenden Monteurs noch weiter ausbreitete. Alles suchte in wilder Hast und alle vor sich niederbrechend und niedertretend das Freie zu gewinnen. In dem Gedränge wurden zahlreiche Leute, zum Teil Frauen und Kinder durch Niederretter zum Teil sehr schwer verletzt. Drei Frauen mußten in recht bedenklichen Zustände sofort nach dem Krankenhaus gefahren werden, wo ihr Zustand für außerordentlich besorgnis erregend erklärt wurde. Ueber zwanzig Personen erlitten leichtere Verletzungen und fanden in den umliegenden Apotheken und Sanitätswachen die erste Hilfe. Das Feuer selbst konnte, ohne weiteren Schaden anzurichten, bald gelöscht werden. Der angerichtete Materialschaden ist nur gering.

Wasserstands-Nachrichten der Ober.

Spekt. in Meter über 8 Uhr	Rhein	Oberrhein	Rheine	Rheine		Brieg	(Sachsen)	Sachsen	Dresden		Elbe
				Ob.	Unt.				Ob.	Unt.	
30. 12.	12,47	1,02	2,84	0,27	2,94	2,65	12,5	41,2	21,2	0,54	1,81
29. 12.	12,56	1,10	2,71	0,32	2,70	2,40	5,00	3,17	1,95	1,76	1,50
Wittel	11,68	0,98	2,12	0,42	2,46	2,07	4,07	2,38	1,68	1,56	1,50

*) Anzeigerhöhe f. Rottwitz 3,50; für Dresden (Obers) Höhe-Nebenung 3,20

Festsetzungen der Reichlichen Markt-Verwaltung-Kommission.

Breslau, den 29. Dezember.		ante		mittlere		geringe	
		hoch.	niedr.	hoch.	niedr.	hoch.	niedr.
Weizen, weißer	19 30	15 40	16 30	17 40	17 50	17 40	17 40
Weizen, gelber	19 20	15 30	16 20	17 30	17 40	17 30	17 30
Roggen	16 10	15 50	15 50	15 50	14 30	14 30	14 30
Gerste	15 20	15 10	15 10	15 10	15 10	15 10	15 10
Hefe	15 20	15 10	15 10	15 10	15 10	15 10	15 10
Victoria-Gehalt	25	24	24	24	24	24	24
Äpfel	21 50	21	21	21 50	21 50	21 50	21 50
Winterweizen	26 70			26 70			

berbe zeigte sich allerdings als Bekämpfer des Verbandes. Es hatte die Geschäftsberichte im Hinblick erfahren, daß die Landarbeiter dem Verbande als Mitglieder angehören. Sie maßregeln einen Arbeiter und machte auch dem nächsten Untereinnehmer, einem Steinbruchbesitzer, bei dem der Gemahregelte Arbeit gefunden hatte, auf ihn aufmerksam. Auf eine Beschwerde der Verbandsleitung an die Geschäftsstelle antwortete diese, daß sie die Entlassung des Arbeiters dem Privatunternehmer nicht abverlangt, sondern nur angegeben habe. — Bei der Bekämpfung des Verbandes wirkten auch die Landwirtschaftskammern in besonderer Weise mit. Sie fordern die Geschäftsstelle auf, für ein gelbes Organ, den „Deutschen Landarbeiter“, Propaganda unter den Arbeitern zu machen und selbst den Abonnementpreis zu zahlen. Im November hat im Abgeordnetenhaus eine Konferenz landwirtschaftlicher Sachverständiger unter Teilnahme von Vertretern der Regierung stattgefunden, die sich mit der Frage beschäftigte, wie die Landarbeiter wohl stärker zu gesellschaftlichen Verbänden, zu Sparcassen etc. heranzuziehen seien, um sie vom Verband abzubringen. Auf dieser Konferenz waren unter anderem vertreten: Das preussische Ministerium des Innern, das Ministerium für Landwirtschaft, das Landesökonomie-Kollegium, der Bund der Landwirte, die vaterländischen Arbeitervereine, der Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie u. a. Vorschläge, den Landarbeitern zu helfen, tauchen jetzt zahlreich auf. Neben der Gründung von gesellschaftlichen Vereinen ist der Vorschlag gemacht worden, den Landarbeitern auch Land zu geben. Es wäre schon recht, wenn man den Landarbeitern das Land gäbe, das ihnen vor 100 Jahren genommen wurde, nur dürfte man an der Ausführung dieses Vorschlages zweifeln. Einer der Leiter des Bundes der Landwirte, von Wangenheim, hat den Vorschlag gemacht, Sparcassen zu gründen, in die für jeden Landarbeiter von seinem 14. Lebensjahre bis zum 40. Spareinlagen hinterlegt werden;

Arbeiterbewegung.

Lohnbewegung in der Binnen-Schiffahrt. Am 28. und 29. Dezember fanden in Berlin zwischen dem Arbeitgeberverband für Binnen-Schiffahrt, dem Transportarbeiterverband und dem Zentralverband der Maschinen- und Feizer erneut Verhandlungen statt. Bekanntlich ist die am 4. Dezember in den ersten Verhandlungen von der Arbeitgeberorganisation abgegebenen Erklärung, nach welcher eine Nacht- und Sonntagsruhe abgelehnt, hingegen eine mäßige Lohnsteigerung in Aussicht gestellt wurde, von den Arbeitnehmerorganisationen abgelehnt worden.

Am ersten Verhandlungstage, am 28. Dezember, erklärte der Arbeitgeberverband, daß die Arbeitgeber bereit sind, eine gemeinsame Kommission mit den Arbeitnehmern zu bilden, um durch diese Kommission feststellen zu lassen, in welchen Betrieben die schwersten Mängel in puncto Arbeitszeit vorhanden sind. Diese von den Arbeitnehmern geplanten neuen Erhebungen über die Dauer der bestehenden Arbeitszeit sollten sich auf das kommende Jahr 1913 erstrecken.

Die beiden Arbeitnehmerverbände erklärten daraufhin, daß sie nach wie vor prinzipiell den Standpunkt vertreten, daß die Durchführung einer Nacht- und Sonntagsruhe möglich und durchführbar ist. Der Transportarbeiterverband hielt den neuen Vorschlag der Arbeitgeber für ungenügend und lehnte ihn ab. Der Zentralverband der Maschinen- und Feizer erklärte sich dazu bereit, jedoch mit dem Unterbeding, daß sich die neuen Erhebungen auf Arbeits- und Fahrzeiten im verflochtenen Jahre 1912 erstrecken und bis zum 1. März 1913 beendet sein sollten. Die Verhandlungen wurden sodann auf den 29. Dezember vertagt. Am zweiten Arbeitstage unterbreitete der Arbeitgeberverband den Arbeitnehmerorganisationen eine zweite Erklärung mit folgendem Wortlaut:

Der Arbeitgeberverband für Binnen-Schiffahrt und verwandter Gewerbe schlägt eine Verlängerung der bestehenden Vereinbarung auf 3 Jahre vor unter nachstehenden Bedingungen. Die Löhne werden um 5 Mk. pro Monat erhöht. Um über die behaupteten Mängel bezüglich der Arbeitsdauer unparteiisch Klarheit zu erhalten, soll nachstehendes Verfahren eingeschlagen werden. Es wird eine von den Arbeitgebern und Arbeitnehmern gleichmäßig besetzte Kommission mit einem unparteiischen Vorsitzenden ernannt, die auf dem Wege statistischer Erhebungen Feststellungen über die Beschäftigungs- und Ruhezeiten während der Fahrt der Schiffe machen soll. Zu diesem Zweck lassen für jedes Schiff fortlaufend buchmäßige Eintragungen vorgenommen werden, die der Kommission in bestimmten Zeitabständen zur Begutachtung vorzulegen sind. Diese Erhebungen sollen für das ganze Jahr 1913 stattfinden. Ende 1913 soll auf Grund der Ergebnisse der statistischen Erhebungen eine feste, den Verhältnissen der einzelnen Stromgebiete angepasste Regelung der Arbeitszeiten vorgenommen werden. Sollten schon früher von der Kommission Mängel als allgemein vorhanden festgestellt werden, so verpflichten sich die betreffenden Arbeitgeber sofort Abhilfe zu schaffen. Die Arbeitgeber erklären sich bereit, die Wünsche bezüglich der Ueberstunden, Reisevergütung und Effektenversicherung gruppenweise zu regeln.

Die Arbeitgeber verlangen bis Mittwoch, den 15. Januar, eine Erklärung der Arbeitnehmerorganisationen über ihre Stellungnahme zu diesen Vorschlägen. Die Entscheidungen darüber werden die Mitglieder bzw. in letzter Linie die Schiffsfahrerkonferenzen der beiden Verbände treffen. Der Transportarbeiterverband glaubt dieses bis zum 15. Januar bemerkenswerten zu können, während der Zentralverband der Maschinen- und Feizer erklärte, daß seine Konferenz bereits auf den 26. und 27. Januar festgesetzt ist und daher eine entscheidende Antwort bis zu diesem Termin vertagt werden muß.

Die Bergarbeiterbewegung im Saarrevier. Die bekannte Erklärung der Bergwerksdirektion ist an alle Bergarbeiter auf den feststehenden Saargruben verteilt. Es bleibt abzuwarten, wie sie im Revier aufgenommen werden wird. Wie der Korrespondent der „Frankfurter Zeitung“ berichtet, ist die Leitung des Vereins christlicher Bergleute nicht abgeneigt, auf der Grundlage der jetzt veröffentlichten Erklärung den Frieden einem Streit vorzuziehen. Auch aus Bergarbeiterkreisen hört man es bestätigen, daß mit dieser Erklärung der Verwaltung die Frage der Arbeitsordnung eine befriedigende Lösung gefunden habe. Nur bezüglich der Lohnfrage fordert man noch eine genauere, ziffernmäßige Zusage. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird auf der Revierkonferenz der Beschluß gefaßt werden, dem Saarrevier den wirtschaftlichen Frieden erhält.

Schlesien, Posen und Nachbargebiete.

Friedland, 30. Dezember. Zwei mysteriöse Todesfälle. Das Dienstmädchen Bürgel des Fleischermeisters Sch., das am Weihnachtsabend von seiner Herrschaft mit Fleischwaren nach Görbersdorf geschickt worden war, ist als Leiche im Stehewald bei den Papierfabriken gefunden worden. Ob ein Unfall, ein Verbrechen oder Selbstmord vorliegt, ließ sich noch nicht feststellen.

Ferner wurde die Frau des Webers Krause in ihrer Kammer erhängt aufgefunden. Auch hier soll es zweifelhaft sein, ob die Frau Selbstmord verübt hat, oder einem Verbrechen zum Opfer gefallen ist. Frau Krause wurde in liegender Stellung mit einem Strick um den Hals aufgefunden, mit den Händen den Strick umklammernd.

Jauer, 30. Dezember. Es geht, wenn man nur will. Bekanntlich bewilligten die hiesigen Stadtverordneten nach dem ersten erfolgreichen Versuch die Mittel zum Ankauf eines zweiten Waggons holländischen Fleisches. Der Magistrat hatte aber die Rechnung ohne die profitlustigsten Innungs-Fleischermeister gemacht, die den Verkauf des holländischen Fleisches ablehnten. Angeblich soll der Absatz nicht so glatt vor sich gegangen sein, und sie, die Innungsmeister, hätten beim Verkauf noch Schäden gehabt. Das ist natürlich nur Fiktion, denn das holländische Fleisch war in 2 1/2 Tagen vollständig ausverkauft. Den Innungsmeistern lag nur daran, die Fleischpreise weiter hoch zu halten und dabei ihr Schäfchen zu fischen. Daß dem so ist, beweist das Vorgehen des Gewerkschaftsrateils. In einer gemeinschaftlichen Sitzung wurde beschlossen, den Ein- und Verkauf von Schweinefleisch selbst in die Hand zu nehmen. Kaum war der Beschluß des Rateils den Innungsmeistern bekannt, als diese auf einmal die Fleischpreise um zehn Pfennige pro Pfund herabsetzten. Trotzdem wurden vom Rateil Schweine angekauft und das Fleisch dem reisenden Absatz.

Dieses Verfahren soll sofort wiederholt werden, sobald die Fleischer-Innungsmeister den Versuch machen, die Preise wieder in die Höhe zu drücken.

Schweidnitz, 30. Dezember. Gefährlicher Substanzreiz. Die Bewohner eines Hauses der Stubrechtstraße sind am Weihnachtsabend mit knapper Not einem furchtbaren Explosionsunglück entgangen. In den Nachmittagsstunden kam nämlich ein etwa zehn- bis zwölfjähriger Knabe in das betreffende Haus und bot den Bewohnern desselben Tannenäpfel zum Kaufe an. Da er abgewiesen wurde, soll er aus Ärger darüber sämtliche Gasohlfässer der Stubrechtstraße aufgedeckt haben. Bald darauf machte sich im ganzen Hause ein heftiger Gasgeruch bemerkbar. Man stellte sofort Nachforschungen an und fand sämtliche Gasohlfässer offen, so daß das Gas in großer Menge ausströmte. Welch entsetzliches Unglück durch diesen

Substanzreiz entstehen konnte, kann man sich leicht vorstellen, wenn man bedenkt, daß es bereits bunte und gerade die Gaslampen angezündet werden sollten.

Schreibershan, 30. Dezember. Vom Schlaßfelde der Arbeit. Der Waldarbeiter Julius Weichert aus Hohnungsthal kaufte beim Holzabfahren mit seinem Schlitten in einer scharfen Kurve gegen eine Fichte und zerstückelte sich dabei einen Oberschenkel. Eine halbe Stunde später erlag Weichert den schweren Verletzungen. Infolge der ungünstigen Schneeverhältnisse ist die Holzabfuhr aus den Forsten überhaupt ungemein erschwert.

Brieg, 30. Dezember. Erhöhte Belohnung. Die ausgelegten Belohnungen für die Ermittlung des Brandstifters, der am 7., 8. und 9. Dezember d. J. in Panitzsch fünf Brände angelegt hat, sind jetzt vom Regierungspräsidenten um weitere 250 Mark erhöht worden und betragen insgesamt 750 Mark.

— **Proletarier's Erde.** Am Freitag mittag wurde auf der Schreibersdorfer Chaussee unweit der letzten Flußbrücke der 60 Jahre alte Gelegenheitsarbeiter Fay von hier tot aufgefunden. Der an Entkräftung auf der Landstraße Verstorbenen wurde in die alte Krankenanstalt geschafft. — Bei uns ist bekanntlich für jeden bis ins hohe Alter hinein gesorgt.

Brieg, 30. Dezember. Schadenfeuer. Sonntag nachmittags 6 Uhr wurde die Feuerwehr zu einem Gardinenbrand auf die Langestraße gerufen, der mit Leichtigkeit bewältigt wurde. Nach 1 1/2 Uhr ertönte abermals Feueralarm. In der Bahnhofstraße im Hofe des Gasthofes zur Eisenbahn brannte ein Schuppen, der auch als Werkstatt benutzt wird, lichterloh. Der Schuppen brannte vollständig nieder. Nur die Nachbargebäude konnten geschützt werden. Die städtische Feuerwehr war bald zur Stelle, während die Pflichtfeuerwehr nur in sehr geringer Anzahl und spät erschien. Strafmandate, die aber nur den schlechten Dupensignalen zugeschrieben sind, erwarten daher wieder eine Anzahl Vorkommnisse.

Zeitensdorf, 30. Dezember. Schlechte Folgen eines Scherzes. Im Blümelteich am Sandberg hat sich Sonntag morgen eine Frau von hier ertränkt. Die Frau hatte sich bei einem Konzert der 42er verschentlich auf die Balgige gesetzt, und man hatte ihr nun Angst damit eingejagt, daß man ihr sagte, sie würde deswegen angeklagt. Aus Furcht vor einer Anzeige ist sie dann in den Tod gegangen.

Mittel-Gutschdorf, 29. Dezember. Aus der Gemeinde. In der letzten Gemeindevorstandssitzung fand die Verteilung des auf die sogenannten Armenbücher gesammelten Geldes statt, womit drei hiesige Witwen bedacht wurden. Von unseren Genossen wurde der Kirchenrat über die großen Ausgaben bei der Renovation des Pfarrhauses befragt und mit Rücksicht darauf eine Erhöhung der Kirchensteuer abgelehnt. Dessenungeachtet beschäftigt sich auch die Gemeindevertretung vor Nieder-Gutschdorf einmal mit der Kirchenangelegenheit.

Rohenan, 30. Dezember. Seinen Verletzungen erlegen ist in einem Breslauer Krankenhaus der Former Paul Neumann von hier, dem an einem Sonntag ein unglücklicher Schuß im Auge durchschloß, so daß das Projektill im Kopfe stecken blieb, ohne entfernt werden zu können. Die junge Witwe und zwei Kinder betrauern den Tod ihres Ernährers.

Leib, 30. Dezember. Der erste Frauenabend, der am Freitag hier abgehalten wurde, war gut besucht. Leider steht uns hier kein größerer Saal zur Verfügung. Genossin La w a t s c h - B r e s l a u sprach über: „Die Kämpfe der Frauen im wirtschaftlichen Leben“. Der Vortrag stieß in die Maßnung an die Frauen aus, eifrig mitzuarbeiten, an der Stärkung unserer Organisationen. Die Ausführungen der Rednerin wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Die kurze Ansprache nach dem Vortrage bewegte sich in zustimmendem Sinne.

Strahlen, 30. Dezember. Einen Raubansall unternahm ein Handwerksbursche in der hiesigen Herberge zur Helmat. Er überfiel den Hausvater in dem Augenblicke, als dieser im Begriffe stand, das Haus zu verlassen, um Einkäufe zu besorgen. Der gefährliche Gast wurde verhaftet.

Poser, 30. Dezember. Unterschlagung. Wegen mehrerer Verletzungen im Dienste wurde der Bahnmeisterappellant Heydenreich von der 2. Batterie des Fußartillerie-Regiments Nr. 5 hier selbst verhaftet.

Gräß, 30. Dezember. Kurze Freude — lauges Leid. Die beiden Wehrlinge des Fleischermeisters Tritt von hier sind mit 1000 Mark, die ihnen zum Ankauf von Vieh anvertraut waren, durchgebrannt. Die Ausreißer konnten in Erfurt festgenommen und hierher zurücktransportiert werden.

Schimm, 30. Dezember. Opfer des Winters. Am letzten Sonntag vergnügten sich Schulkinder auf der mit einer ganz dünnen Eisschicht bedeckten alten Marthe gegenüber von Pfarzie und brachen dabei durch das Eis durch. Der Sohn eines Mühlenbesizers konnte sich noch retten, dagegen veranlt der Sohn des Arbeiters Wo arca l von hier in den Fluten. Die Leiche konnte erst nach mehrstündigem Suchen geborgen werden.

Briefkasten.

R. G. 1. Die Witwe eines Militärinvaliden erhält die Rente ihres Mannes nur auf drei Monate; dann hört jede weitere Unterstützung auf. 2. Das können wir Ihnen nicht angeben.

Warum grad an der „Juno“ Cigarette Hängt er, der Raucher, fest wie eine Klette?

Warum die „Juno“ nur von früh bis spät? Die Antwort liegt im Worte: Qualität!

10 Stück 20 Pfg.

Juno Cigarette

Wirtschaftlicher und sozialer Rückblick auf 1912.

Ein Glanzjahr für Handel und Industrie zog vorüber. Die deutschen Kapitalisten erlebten eine Hochkonjunktur, die selbst die des Jahres 1907 übertraf.

Reichstagswahlen im Januar

das wichtigste Ereignis. Die durch die herrschende Lebensmittelteuerung im Volke hervorgerufene Empörung fand ihr schättestes Zeichen in einem außerordentlichen Anwachsen der sozialdemokratischen Stimmen und Mandate.

Die Feinde sozialer Fortschrittlichkeit waren zunächst ruhig, als sie die Früchte ihres Tuns sahen. Aber nicht lange kostete ihr Verlog nach der Ausführung ihrer weltfeindlichen Pläne, und die Wut über die erhaltene herbe Laune trieb sie zu erneuertem Sturm auf die wichtigsten Arbeiterrechte.

Rechtliche Unterstützung fanden sie aber auch bei Arbeitergewerkschaften, denn solche wollen die

Christlichen Verbände

sein, nach außen wenigstens. Sie sind mit Schuld, tragen eine gut Teil der Verantwortung für alle Schäden und Nachteile, welche der Arbeiterschaft aus dem Treiben der Schachtmacher zuzuführen. Die Christen sind auch schuldig am rückwärtigen Ausgange des Vergarbeiterstreikes im Ruhr-Bezirk, der im März losbrach.

Unablässig tönt seit Jahren ein Puderzorn im Lager der Christen, die in christliche Gewerkschaftler und tatsächliche Sacharbeiter sich wandelten. Eine Richtigkeitsproklamation des Papstes versicherte die Sacharbeiter keiner besonderen Gnade und sprach ihnen allein die Erlaubnisberechtigung zu.

Während die Fortschrittler die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts fordern, wollen die Nationalliberalen nur dem geheimen und direkten Wahlrecht etwas wissen. Als es zur Abstimmung kam, fehlten 34 der edlen Zentrumskämpfer und 13 Nationalliberalen unentschiedel.

Wahlrechts-Romödie!

Während die Fortschrittler die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts fordern, wollen die Nationalliberalen nur dem geheimen und direkten Wahlrecht etwas wissen. Als es zur Abstimmung kam, fehlten 34 der edlen Zentrumskämpfer und 13 Nationalliberalen unentschiedel.

Am 12. Mai demonstrieren die sozialistischen Frauen Europas in imposanter Weise für die Einführung des Frauenwahlrechts. Alle abgehaltenen Demonstrationen verliefen ohne Zwischenfälle. Der in ihnen gezeigte Mut und Geist

Der Zug des Todes im Jahre 1912.

Parlamentarier. — Politiker. — Publizisten. — Journalisten.

- Januar: 26. Leonold Siepmann, Sekretär der Berliner Wahlvereine, † Berlin, 56 J. — Februar: 23. Paul Horn, Hauptkassierer des Vergarbeiterverbandes, † Bochum, 53 J. — März: 6. Der Vergarbeiterdichter Heinrich Kämpchen, † Aachen, 64 J. — 8. Rikard Adam Gartzonowski, Reichstagsabgeordneter, † Posen, 67 J. — 26. Albert Träger, Reichstags- und preussischer Landtagsabgeordneter, Dichter und Jurist, † Berlin, 81 J. — April: 8. Joseph Michelsler, bayer. Abgeordneter, † Wetzlar, 67 J. — 14. Henri Brijon, Präsident der franz. Deputiertenkammer, † Paris, 76 J. — 26. Michael Alrich, ehem. Reichstagsabgeordneter, † Berlin, 88 J. — Mai: 4. Karl Feis, ehem. Reichstagsabgeordneter, † Meiningen, 87. Ferdinand v. Baumhach, preuss. Landtagsabgeordneter, † Berlin, 60 J. — 23. Martin Bellajohn, preuss. Landtagsabgeordneter, † Berlin, 63 J. — Juni: 10. Dr. Hermann Schr. v. Erffa, Präsident des preussischen Abgeordnetenhauses, † Schloss Sternburg, 66 J. — 30. Bachmeier, Reichstagsabgeordneter. — Freiherr Konstantin v. Neurath, ehem. Reichstagsabgeordneter, † Stuttgart, 65 J. — Juli: 23. Dr. Will. Reichstagsabgeordneter, † Wetzlar, 44 J. — September: 2. Georg Winter, Politiker, Begründer des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus, † Radeburg, 56 J. — 22. Graf Friedrich Wilhelm v. Limburg-Stirum, ehem. Reichstags- und preuss. Landtagsabgeordneter, † Groß-Peterswitz, 77 J. — Oktober: 8. Gnyling, preuss. Landtagsabgeordneter, † Künigheim, 53 J. — 2. Dr. Hermann Müller-Sagan, ehem. Reichstags- und preuss. Landtagsabgeordneter, † Berlin, 55 J. — 18. Oskar v. Nothmann, Reichstags- und preuss. Landtagsabgeordneter, † Schloss Barock bei Greifenraben, 68 J. — 30. Dr. v. Dadenberg, preuss. Landtagsabgeordneter, † Hottenbach. — November: 16. Wilhelm Herzberg, Oberbürgermeister der Reichshafen-Lagerstadt, † Rürnberg, 43 J. — 23. Karl Förker, Reichstagsabgeordneter, † Osnabrück, 59 J. — 23. Jules Gaiot, Alterspräsident des französischen Senats, † Paris, 89 J. — Dezember: 20. Nina Kautsky, Schriftstellerin, † Berlin, 53 J.

Staatsverwalter und Diplomaten.

- Februar: 12. Alois Graf von v. Heckenroth, ehem. Minister des Auswärtigen, † Wien, 57 J. — Mai: 2. Rudolf v. Bennigsen, ehem. Gouverneur von Preußen,

ist die beste Gewähr dafür, daß die weltlichen Proletariatsparteien in ihrem Kampfe um politische, wirtschaftliche und soziale Gleichberechtigung nicht raffen und ruhen werden, ehe sie ihn mit einem vollen Erfolge abschließen können!

Auch die Wirtschaftler reagieren sich wieder einmal. Im August kündeten sie einen Liberalen Reichstag für die Arbeiter und Angestellten. Natürlich soll er den Zweck haben, Schrittmacherdienste dem Freium zu leisten und Mitglieder für die Gewerkschaften zu fangen.

Koalitionsrecht der Staatsarbeiter

wird durch einen Erlass des Kriegsministers vom 3. August schwer bedroht. Sein besonderer Zweck war, dem nationalen Militärarbeiterverband den Lebensfäden abzuschneiden. Berichte über ständische Vorfälle in Militärbetrieben gaben den Anstoß zum Vorgehen des Ministers.

Die Bayerische Regierung ging auf Veranlassung des Bundes gegen den Süddeutschen Eisenbahnerverband vor. Und im Reichstage erklärte dann Minister Delbrück, es gäbe kein unangreifbares Koalitionsrecht. Privatverträge könnten es ausschalten.

Die reglementierende Hand sei notwendig. Der Eintritt in Staatsbetriebe erfolge freiwillig. Wer sich nicht den vom Staatseinführung diktierten Anordnungen fügen wolle, könne ja gehen! Jegliches Streikrecht für Militärarbeiter sei ausgeschlossen. Die Vertreter sämtlicher Regierungen stimmten Herrn Delbrück bei, nicht zu verweisen, der bürgerlichen Parteien.

Die Lebensmittel- und Fleischsteuerung

erreichte eine solche Stärke, daß sie die schwerste Gefahr für das gegenwärtige und zukünftige Leben der ärmsten Volksschichten bildet. Die Regierung verhielt sich der Steuerung gegenüber vollkommen passiv und traf keinerlei Anhalten, ihr entgegenzuwirken. Deshalb forderten die sozialdemokratische Fraktion durch ein Schreiben vom 5. September die sofortige Einführung des Reichstages.

Große Aufregung in den Kreisen der Kohlenmagnaten verursachte der Rücktritt des Rüstus vom Kohlen- und Eisenerz im Oktober. Das Syndikat hatte die Preise wieder einmal heraufgesetzt, womit der Rüstus nicht einverstanden war. Offenbar zeigt der Rüstus, daß er die Verantwortung für die fortgesetzten Preisdrankereien nicht mit zu übernehmen mag.

Das von der Regierung erzielte Petroleummonopol erwies sich bei näherer Betrachtung als außerordentlich geeignet, die Petroleumkonsumenten der Willkürherrschaft eines Kartellmonopols auszuliefern. Denn die Ausnutzung des Regierungsprojektes mußte eine solche Folge haben, weshalb es dem schließlich auch unter dem Tisch fiel, nicht zuletzt dank der vernünftigen Kritik durch die sozialdemokratischen Redner.

zu einem privaten Elektrizitätsmonopol gemacht. Auch die Möglichkeit, eine Erhöhung der Fahrpreise einzutreten zu lassen, zeigt, wie wenig die Regierung auf die Interessen der Allgemeinheit Rücksicht nimmt.

Der auf dem Balkan lagernde Jüdisch-Jahresfest Oktober zu den hellen Flammen des Krieges auf. Die Nordkultur triumphierte über die Zivilisation, die sie in Erdmenschlichen Blutes ertrug. Nach allen europäischen Himmelsrichtungen drohte der Krieg überzureißen. Nur das internationale Proletariat drückte offen seine Abscheu und Empörung gegen die Menschenschlächterei aus und veranfaßte gewaltige Protestdemonstrationen in allen Ländern Europas.

1. Generalversammlung des Verbandes der Land-, Wald- u. Weinbergsarbeiter.

Berlin, den 28. Dezember 1912.

Im Februar 1909 gegründet, konnte dieser Verband seine erste Generalversammlung schon mit einer respekablen Vertretung von 11 Delegierten abhalten. Der Wahl der Delegierten war besonders darauf Bedacht genommen worden, daß eine breite Gewähltheit, die im Verlaufe tätig sind, das in dem auch mit sehr verschwindenden Ausnahmen bestehen.

Bei der Eröffnung des Geschäftsbereichs beruht der Vorsitzende des Verbandes, Georg Schmidt, auf die schon äußerlich erkennbare erfreuliche Entwicklung des Verbandes. Die Gründer des Verbandes waren sich darüber klar, daß sie sich mit der Organisation der Landarbeiter vor eine schwierige Aufgabe stellten. Doch die Erfolge sind durchaus bestrebend. Zuerst jedoch die Gegner über sozialdemokratische Mißverständnisse auf die enormen Einnahmen des Verbandes. — Der Landarbeiter ist bisher vom Unternehmer nur als Ware betrachtet worden. Das wird jetzt anders. Wo der Verband Fuß gefaßt hat, wird die Behandlung der Arbeiter eine andere.

würden sie nicht aus dem Wochenbett herauskommen.

(Bewegung.) Die Verbandsfunktionäre haben die Trostungen der Jünger und der Leute vom Bund der Landwirte, so mit Hunderten von den Törfern zu heben, verlaßt. Die Mitglieder-Annahme zeigt, wie wenig diese Trostungen wertlos haben. Ende des Jahres 1909 erst 1691 Mitglieder, zählte der Verband 1910 schon 2631 Mitglieder, 1911 sogar 15.696 und 1912 am Schlusse des 3. Quartals 17.237 Mitglieder. Der Redner beipflichtet dann die Organisationsvorarbeiten und auch die Organisationsfortschritte in den einzelnen Gauen. Als besonders erfreulich bezeichnet er, daß der Verband auch in den Gutsböden Fuß gefaßt hat; 5717 Gutsarbeiter sind organisiert. Neben 6393 landwirtschaftlichen Arbeitern sind als drittgrößte Gruppe 3730 organisierte Waldarbeiter zu verzeichnen. Jetzt bestehen 51 Ortsgruppen. Doch die Tätigkeit des Verbandes war nicht nur eine rein agitatorische. Ein erheblicher Teil seiner Tätigkeit wurde mit Erfolg der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse zugewandt. Auch durch Einreichung von Petitionen an die Behörden wurde für soziale Fortschritt und Waldarbeiter auf Verbesserungen der Arbeitsverhältnisse hingewirkt. Manche der

- Vöhrle, † Berlin, 52 J. — Juli: 7. Arthur Dohreht, vormal. Staatsminister a. D., † Groß-Vichterfelde, 67 J. — 29. Kaiser Mutsuhito von Japan, † Tokio, 60 J. — August: 8. General Leconte, Präsident von Haiti, † (durch Attentat) Port-au-Prince. — September: 21. Adolf Arch. Marcksall v. Sieberstein, deutscher Vorkämpfer in London, † Badenweiler, 69 J. — Oktober: 10. Dr. Arnold Nieberding, ehem. Staatssekretär des Reichsjustizministeriums, † Berlin, 74 J. — November: 5. Graf Viktor von Guleuburg, ehem. preuss. Ministerpräsident, † Berlin, 81 J. — 12. Jole Canalejas, span. Ministerpräsident, † (durch Attentat) Madrid, 58 J. — Dezember: 12. Prinz-Regent Luitpold von Bayern, † München, 91 J.

Aus aller Welt.

Unschuldig im Gefängnis. Dr. Kamuf um seine Ehre hat ein unschuldig zu Gefängnis Verurteilten zu einem eigenartigen Mittel gegrißen, um seine Unschuld gerichtlich feststellen zu lassen. Wegen gefährlicher Körperverletzung wurde der Schlächter Otto Lehmann in Nürnberg im Mai 1910 von der Strafkammer in Anrich auf Grund der eidlichen Aussage des Magazinarbeiters Behrens zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Seine Bemühungen, im Rechtswege das Urteil anzufechten, waren erfolglos. Nachdem er die volle Strafe verbüßt hatte, ließ dann Lehmann sich eine größere Zahl Plakate anfertigen und klebte diese an zahlreiche Gehände in Wilhelmshaven und Rüttlingen. Sie trugen folgenden Aufsatz: Ich, Unterzeichneter, bin am 4. Mai 1910 von der ersten Strafkammer in Anrich wegen angeblicher Körperverletzung unschuldig zu einem Jahr Gefängnis verurteilt worden und zwar auf die einzig und allein unwahre Aussage des Zeugen Albert Behrens in Heppens, Schmidstraße 3, wohnhaft. Da Behrens in dem Verhandlungstermin einen wissenschaftlichen Reineid geleistet hat, sehe ich mich veranlaßt, dieses Verbrechen der Öffentlichkeit wahrheitsgetreu zu unterbreiten. Otto Lehmann, Schlächter. — Lehmann hatte sich jetzt wegen dieses Plakatanklagens vor dem Schöffengericht in Wilhelmshaven wegen Verletzung des Briefgesetzes und öffentlicher Verleumdung des Magazinarbeiters Behrens zu verantworten. Nach eingehender Verhandlung kam das Gericht zu der Ansicht, daß Lehmann tatsächlich ungeschuldig verurteilt worden sei auf Grund der wesentlich falschen Aussage des Arbeiters Behrens. Dieser wurde sofort in Haft genommen. Wegen Verletzung des Briefgesetzes wurde Lehmann verurteilt, und die Strafe wurde aber auf nur eine Mark bemessen. Lehmann wird jetzt das Wieder-

aufnahmeverfahren beantragen. — Ein zweites, ähnliches Fall wird aus Neubrandenburg i. M. gemeldet. Der dort ansässige Drogerie Greve war seinerzeit wegen Sittlichkeitsverstoßens zu einer Buschtausschreibung von zwei Jahren verurteilt worden, die er auch voll verbüßt hat. Jetzt hat das Landgericht in Neustrelitz die Wiederaufnahme des Verfahrens mitgeteilt, da die damaligen Aussagen gegen Greve widerrufen worden seien und mit dem Widerruf auch die Aussage einer Zeugin übereinstimme, Umstände, die geeignet erscheinen, die Freiprechung Greves herbeizuführen.

Ein Prozeß wegen Ermordung von 1000 Kindern

Wie auch wir kürzlich meldeten, ist in Archangel (Rußland) ein ungeheures Verbrechen aufgedeckt worden. Eine Frau Kusnezowa wurde unter dem Verdacht, 1000 Kinder ermordet zu haben, verhaftet. Jetzt werden der „Täglichen Rundschau“ Einzelheiten über das Verbrechen gemeldet.

Die Frau hatte in einer Vorstadt in Archangel ein „Kinderheim“, das sich großer Beliebtheit erfreute. In der Hauptsache befanden sich uneheliche Kinder hier. Die Mütter gaben ihre Kinder um so lieber, als sie nur eine einmalige Pfandsumme von 200 Rubel zu zahlen hatten, die allerdings bei wohlhabenderen Müttern auf 1000 Rubel gesteigert wurde.

Als in letzter Zeit die Kindersterblichkeit besonders überhandnahm, mißte sich die Behörde ein und verlangte nach Totenscheinen. Auch hier konnte Frau Kusnezowa beweisen, daß alles mit rechten Dingen zugegangen war, denn die Totenscheine waren richtig von dem Stadlärz Antonow ausgestellt und lauteten in den meisten Fällen auf Brechdurchfall, bekanntlich eine sehr weit verbreitete Säuglingskrankheit. Inzwischen erhielt aber die Polizei Mitteilungen, daß schwere Verbrechen in dem sogenannten Kinderheim vorkämen. Trotz der richtigen Totenscheine ordnete das Gericht darum eine Ausgrabung der Leichen und eine eingehende Untersuchung an. Schon das Ergebnis der ersten Untersuchungen war schwer belastend, so daß die Frau sofort in Untersuchungshaft genommen wurde.

Fisher soll an mehr als tausend Kindern Giftmord verübt worden sein. Ob die Totenscheine echt oder gefälscht sind, steht auch noch nicht fest. Der Staatsanwalt nimmt aber an, daß die Frau mit dem Arzt unter einer Decke steckte und ihm für die Ausstellung richtiger Totenscheine eine Summe zahlen mußte. Es kann auch sein, daß der Arzt nur leichtfertig gehandelt und auf die Verschönerung der Würdenträger hin einen natürlichen Tod der Kinder annahm. Bisher sind über 600 Mütter in dieser Angelegenheit vernommen worden. Der Prozeß findet Anfang des nächsten Jahres statt.

